



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

37. JAHRGANG

MÄRZ 1985

NUMMER 1

Bundesparteiobmann Dr. Alois MOCK

Erklärung zur Lage der Nation 1985

Am Montag, 21. Jänner 1985, 11.00 Uhr, in Wien 3, Oberes Belvedere, im Großen Marmorsaal, gab der ÖVP-Bundesparteiobmann die „Erklärung zur Lage der Nation 1985“ ab, die auszugewiesenermaßen hier wiedergegeben wird: „Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Meine diesjährige Botschaft aus dem Belvedere ist eine Botschaft des Optimismus. Die Lage unserer Nation wird von den geistigen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Talenten unseres Volkes bestimmt. Wenn wir diesen Talenten durch eine glaubwürdige Politik Raum zur Entfaltung geben, können wir mit Selbstvertrauen in die Zukunft blicken.

Zuweilen aber hat man den Eindruck, Österreich sei darauf und daran, sich 40 Jahre nach seiner Wiedergeburt in eine Art „Mid-Life-Crisis“ der Zweiten Republik zu jammern. Da ist die Rede von einer „politischen Vertrauenskrise“ und von „Demokratieverdrossenheit“ und vom „Unbehagen im Parteienstaat“. Der junge Mensch wird zum Mitglied einer „Generation ohne Zukunft“ gestempelt, in der er bestenfalls noch als „Computer-Freak“, im Normalfall als Dekothekbesucher und im schlechtesten Fall als drogenabhängiger Aussteiger gilt. Das Interesse an beruflicher Leistung, der Wille, eine Familie zu gründen und ernsthaftes staatsbürgerliches Engagement werden ihm oft überhaupt abgesprochen. Die mittlere Generation, die hart darum ringt, den erreichten Lebensstandard zu halten und ihren Weg durch die mannigfachen Fährnisse einer säkularisierten Gesellschaft zu gehen, wird leichtsin als materialistisch,

egoistisch und nur am Konsum interessiert hingestellt.

Die älteren Mitbürger schließlich werden manchmal abgeschrieben — sie hätten ihre Funktion in der Arbeitswelt und in der Familie bereits erfüllt. Für sie Sorge ohnehin der Staat durch Pension und Altersheime. Außer auf einen Besuch am Muttertag hätten sie keinerlei Ansprüche mehr zu stellen. Meine verehrten Zuhörer! Ich teile keine dieser Klischeevorstellungen. Für mich stellt sich die Realität anders dar als in manchen Leitartikeln oder zwischen den Umschlägen soziologischer Paperbacks. Ich teile nicht die politische, wirtschaftliche und kulturelle Aussteigermentalität, die sich heute gelegentlich breit macht. Was wir brauchen, sind Einsteiger, nicht Aussteiger!

Für mich ist die Republik an der Wende des Jahres 1985 nicht in eine Existenzkrise geschlittert. Für mich ist die österreichische Wirtschaft nicht am Ende ihres Lateins. Für mich ist die gesellschaftliche Zukunft keine Sackgasse. Wenn wir auch täglich Zeugen einer handlungs-schwachen Regierung ohne Perspektive sind, so ist dies noch lange keine Staatskrise. Wenn wir Erstarrungserscheinungen, Erosion und Glaubwürdigkeit und mangelnden Mut zum Neuen bei Parteien und Verbänden beobachten müssen, so ist dies noch lange keine Demokratiekrise. Und wenn wir schließlich eine Reihe von Anpassungsschwierigkeiten im Bereich der privaten und staatlichen Betriebe und auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit erleben, so ist dies noch lange keine Existenzkrise. Das Staatsganze,

die Struktur unseres Gemeinwesens — vom Pflichtbewußtsein jedes einzelnen Staatsdieners über die Verantwortung der Sozialpartner bis zur Urkraft der Bundesländer, die allesamt diese Republik tragen — sind stabil genug, um auch dieses Kabinett der Widersprüche und der Entscheidungsschwäche zu überdauern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn ich einer zur Zeit in Mode stehenden pessimistischen Grundstimmung eine klare Absage erteile und in die Unkenrufe selbsternannter Untergangspropheten außerhalb — aber auch innerhalb — meiner Partei nicht einstimme, bietet eine objektive Analyse der Situation unseres Landes dennoch Anlaß zur Sorge:

● Zehntausende Jünglinge gehen ohne Arbeit in ein neues Jahr.

● Die Vorgänge um Haibung haben unsere Demokratie vor neue Herausforderungen gestellt.

● Die Berufstätigen müssen mit einem weiteren Ruck der Steuerschraube rechnen, weil sie durch die Inflation in immer höhere Progressionsstufen hineinwachsen.

● Rentner und Pensionisten müssen 1985 ihren Gürtel noch enger schnallen, weil ihre Bezüge nur um 3% erhöht wurden.

● Immer mehr engagierte und besorgte Menschen aller Altersgruppen beginnen das Vertrauen in eine Politik zu verlieren, der es so offensichtlich an Sensitivität, Weitblick und Zukunftsperspektiven mangelt.

● Und quer durch alle Bevölkerungsschichten macht sich eine wachsende Zahl von Bürgern Gedanken über die D

Gefährdung unserer natürlichen Umwelt.

Patentlösungen gibt es freilich keine; auch wenn der Baum unser Bruder sein soll, muß deshalb die Wasserkraft noch nicht unser Todfeind sein. Über allem aber steht unser lieblicher Bruder — der Mensch. ...

Heute, im Jänner 1985, steht an der Spitze der Probleme, deren Lösung sich die Österreicher mit Recht erwarten:

- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- der Schutz der Umwelt und
- die Verhinderung der Verschwendung von Steuergeldern.

Wir haben uns diesen Aufgaben gestellt. Aus dieser Botschaft ist unsehbar zu erkennen, daß wir nicht nur die bessere wirtschaftspolitische Alternative, sondern auch die besseren Problemlöser für eine saubere Umwelt und eine stärkere Demokratie sind. Aber der von uns geforderte wirtschaftspolitische Kurswechsel wurde abgelehnt. ...

Die Sozialpartner müssen auch in Zukunft ein dynamischer Transmissionsriemen des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wandels sein. Nur müssen auch die großen Verbände darauf achten, daß sich ihre Tätigkeit nicht von den Anliegen ihrer Mitglieder entfernt. Wir wollen keine Funktionsgesellschaft, sondern eine Verantwortungsgesellschaft, in der der einzelne Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Willensbildung aktiv beteiligt ist.

Eine Gesellschaft selbständiger Menschen setzt eine Politik voraus, die auch im wirtschaftlichen Bereich sowohl die Unternehmen und Manager von bürokratischem und parteipolitischen Einfluß befreit als auch die Möglichkeiten der Mitentscheidung und Miterantwortung der Mitarbeiter ausweitet. Die Mittel hierfür sind der Ausbau der innerbetrieblichen Partnerschaft, ein breites Angebot beruflicher Fortbildungsmöglichkeiten, wachsende Flexibilität im Verhältnis von beruflichem Engagement und privatem Lebensraum und neue Formen der Eigentumsbildung. ...

Damit aber die Steuern nicht immer wieder erhöht, sondern endlich gesenkt werden, bedarf es einer harten Spardiktin für den öffentlichen Haushalt, wie sie unser Wirtschaftssprecher Robert GRAF in der Debatte zum Budget 1985 formuliert hat. Diese neue Spardiktin der harten wirtschaftlichen Vernunft läßt sich in 12 Punkten zusammenfassen:

1. Im Interesse der österreichischen Bürger ist ein konsequenter Abbau der überhöhten Staatsquote notwendig.
2. Einem sparsamen und überlegten Einsatz der Budgetmittel ist künftig der absolute Vorrang vor Lenkungs-

und Subventionsdenken einzuräumen. 3. In Zukunft haben sich die Ausgaben wieder nach den zur Verfügung stehenden Einnahmen zu richten und nicht umgekehrt.

4. Alle Budgetausgaben müssen grundlegend neu kalkuliert und durch Parlament und Rechnungshof verschärft kontrolliert werden.

5. Im öffentlichen Dienst ist ein zeitgemäßes Organisationsmanagement aufzubauen. Die Verwaltungsstrukturen sind zu vereinfachen, Ministerien einzusparen, die Hälfte der jährlich freierwerdenden Dienstposten im Bereich der öffentlichen Verwaltung sollen nicht nachbesetzt werden.

6. Die Zusammensetzung der Budgetausgaben hat sich künftig wieder nach dem Bedürfnis der Bürger zu richten, statt nach der Durchsetzungsfähigkeit einzelner Ressorts.

7. Den defizitären Staatsbetrieben (Bundesbahnen, Bundestheater, Betriebe der verstaatlichten Industrie) müssen endlich klare Sanierungsziele und Sanierungsaufträge erteilt werden. Managementverträge sind ab sofort erfolgsorientiert abzuschließen. Eine Erfolgskontrolle ist zwingend durchzuführen.

8. Die direkte Wirtschaftsförderung ist abzubauen, weil sie meistens nichts anderes bedeutet als parteipolitisch, willkürlich und nicht nach objektiven Kriterien vergabene Geldspritzen.

9. Im Sozialbereich muß die Verbürokratisierung und die unüberlegte Fortschreibung einmal beschlossener Maßnahmen durch eine durchdachte Anpassungsstrategie an neue Gegebenheiten ersetzt werden.

10. Über Reprivatisierungsmaßnahmen ist emotionslos und sachlich zu diskutieren. So können zusätzliche Mittel für die Sicherung des sozialen Netzes und Anliegen des Umweltschutzes gefunden werden.

11. Im Bereich der Bundesbahnen müssen mehr als bisher betriebswirtschaftliche Prinzipien zum Tragen kommen. Das Pensions- und Besoldungswesen muß unter Leistungs- und Mobilitäts Gesichtspunkten neu durchdacht werden. Das Problem der Nebenbahnen muß unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze gelöst werden.

12. Wird die Notwendigkeit einer harten Spardiktin weiterhin negiert und die bisherige Ausgabenpolitik fortgesetzt, dann wird Österreich am Ende dieser Legislaturperiode laut Expertenberechnungen mit einem 150-Milliarden-Schilling-Defizit konfrontiert sein.

...
Eines ist klar:

● Wo sich ein dynamisches Wirtschaftssystem der modernsten Technologien bedient, dort sind gigantische umweltpolitische Erfolge mög-

lich, dort können neue Marktchancen geschaffen und genutzt werden.

● Dort, wo diese modernsten Technologien nicht zur Verfügung stehen, dort, wo planwirtschaftlicher Bürokratismus herrscht, dort, wo sich Umwelt-schützer kaum öffentlich äußern und schon gar nicht organisieren dürfen, dort wird die Umweltbedrohung auch in den nächsten Jahren nicht abnehmen, sondern zunehmen.

Wir wollen die Verringerung der Umweltbelastung nicht auf Dauer subventionieren, sondern im Rahmen eines mehrstufigen Konzepts in den Kosten und Preisen berücksichtigt wissen. Wir wollen den Aufbruch zu einer umweltbewußten Sozialen Marktwirtschaft verwirklichen. ...

Wir müssen alles tun, damit die Ereignisse im Advent 1984 der österreichischen Demokratie langfristige mehr nutzen als schaden. Das Aufbegehren so vieler junger und engagierter Mitbürger gegen die instinktive Vorgangsweise einer Regierung, die weder anhängige Rechtsverfahren noch ein eingeleitetes Volksbegehren abzuwarten bereit war, hat ein neues Bewußtsein für die Notwendigkeit der Selbstreform der Demokratie geschaffen. Schon die Mißachtung des Volksbegehrens gegen das Konferenzzentrum, das mehr als eine Million Österreicherinnen und Österreicher unterstützt hatten, machte deutlich, daß die Instrumente der direkten Demokratie neu durchdacht werden müssen.

Wenn über 1,3 Millionen Bürger bereit waren, mit ihrer Unterschrift ein Volksbegehren gegen ein fragwürdiges Prestige- und Monsterauwerk zu unterstützen, dann war es seitens der damaligen Regierung kein Zeichen demokratischer Reife, dieses Begehren ad acta zu legen und starrsinnig mit dem Bau zu beginnen. Und wenn ein Volksbegehren gegen die Errichtung eines Großkraftwerks in den Donauauen angefaßt ist und der Termin für die Eintragungswoche fixiert ist, dann ist es ebenfalls kein Zeichen demokratischer Fairneß, Polizei- und Gendarmereinheiten zu mobilisieren, um den Rodungsbeginn gewaltsam durchzusetzen. Noch dazu, wenn zwei Wochen später ein Spruch des Verwaltungsgerichtshofs diesem Versuch der gewaltsamen Rodung die gesetzliche Grundlage entzieht. Mit demokratischer Fairneß — meine Damen und Herren — hat diese Vorgangsweise nichts gemein.

Hätte die Regierung meinen Vorschlag eines 'Friedensplans' auch nur ansatzweise berücksichtigt, wären uns alle Szenen erspart geblieben, die noch Wochen danach einen schalen bis bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Fehlt einer Regierung schon die Weitsicht, dann könnte man doch

mehr Rücksicht erwarten. Beides haben wir schmerzlich vermisst. ... Ich sehe im Ausbau der direkten Demokratie eine notwendige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Freilich würden sich auch die Instrumente der direkten Demokratie abstupfen, wenn von ihnen kein kluger und maßvoller Gebrauch gemacht wird. Ein Staatsmann mit Verantwortungsgelüht und Augenmaß weiß jedenfalls, daß es auch Grenzen der direkten Demokratie gibt. Staatskunst, wie man das in der Antike nannte, heißt, die wichtigsten Entscheidungen im richtigen Moment zu treffen, das Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel, zwischen Autorität und Freiheit, Legalität und Moral zu bewältigen. Meine Damen und Herren!

Es ist Zeit für eine politische Gewissensforschung, die auch unbequeme Tatsachen zur Kenntnis nimmt. Unbestritten muß dabei sein: Die unbezweifelbare Hinwendung zu einem höheren politischen Ethos, die peinlich genaue Trennung von Politik und Geschäft, die absolute Unbestechlichkeit und mehr Mut zur Wahrheit. Die parlamentarische Demokratie ist das beste politische Ordnungssystem, denn sie ist lernfähig.

Die Republik Österreich tritt in das fünfte Jahrzehnt ihres Bestehens als gefestigtes, lebensfähiges und von den anderen Nationen geachtetes Staatswesen — was es immer an schwierigen Problemen zu lösen gilt! Das ist eine große Chance.

Eine patriotische Einstellung gibt den Menschen unseres Landes den Mut, auf der Basis der vor 30 Jahren wieder gewonnenen vollen Souveränität weiterzubauen. Augenmaß und Realismus, so meinte ich 1964 hier an dieser historischen Stätte, seien notwendig, um die wirtschaftlichen Rückschläge zu überwinden und sicherzustellen, daß das soziale Netz, das wir uns geknüpft haben, auch in Zukunft seine Festigkeit behält.

Heute, 40 Jahre nach dem Entstehen der Zweiten Republik, und damit auch nach der Gründung der ÖVP, rufe ich Sie und alle Österreicherinnen und Österreicher zu einem neuen Optimismus auf!

● Ich erinnere an den ungebrochenen Lebensmut jener Persönlichkeiten, die, aus den Kriegswirren und Konzentrationslagern kommend, die Österreichische Volkspartei als soziale Integrationspartei ins Leben gerufen haben: Raab und Figl — das war Optimismus!

● Ich erinnere an den Versöhnungswillen jener Männer und Frauen, die ihren politischen Gegnern von einst die Hand zur Zusammenarbeit reichten, als es um das ganze Vaterland ging. Das war Optimismus!

OPFERFÜRSORGE

A. Ausgleichstaxfonds (ATF) des Sozialministeriums

Ab 1. Jänner 1985 gelten folgende Einkommensgrenzen und Leistungsbeträge:

Einkommensgrenzen	§
1. für einmalige Aushilfen:	
Einzelpersonen	7.800,—
Ehepaare (Lebensgef.)	11.500,—
Ehepaare (Lebensgef.), wenn beide	
Opfer sind	12.785,—
Erhöhungsbetrag je Kind	2.600,—

2. für übersetzungsmäßige Leistungen der Heilfürsorge

(§ 12. Abs. 4 OFG)	
Einzelpersonen	13.592,—
Ehepaare (Lebensgef.)	17.112,—
Erhöhungsbetrag je Kind	2.852,—

3. für Unterstützung wegen Spitalaufenthaltes:

Diese Einkommensgrenze bleibt unverändert und beträgt:	
Einzelpersonen	11.936,—
Ehepaare	15.044,—
Erhöhungsbetrag je Kind	2.500,—

Die Unterstützung für nachgewiesene Spitalaufenthalte bei einer Mindestdauer von 15 Tagen wird nur einmal im Kalenderjahr gewährt.

4. Zuschuß für Kur- bzw. Erholungs-aufenthalte:

pro Tag höchstens	227,—
-------------------	-------

5. Zuschuß für Zahnkuren:

	1.133,—
--	---------

6. Anträge um Darlehen:

Hierfür gelten wieder eigene Einkommensgrenzen!
12.000 S / 18.000 S / 4000 S

7. Bestattungskostenbeiträge im Härteausgleich

können auf Antrag gewährt werden. Hier gelten die Einkommensgrenzen wie für eine Unterstützung wegen Spitalaufenthaltes.

Bemerkung:

Von allen Anträgen auf Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds (ATF), die an das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu richten sind, empfiehlt sich die Einsendung einer Abschrift an unsere Bundesleitung!

B. Verzugszinsen bei verzögerten Rückzahlungen

Das Bundesministerium für Finanzen

● Ich erinnere an die bewundernswerte Leistungskraft jener Landsleute, die vom Mangel an Lebensnotwendigsten gezeichnet, den Wiederaufbau in Angriff nahmen — ohne zu murren und ohne vor der Übermächtigkeit der Aufgabe zu verzagen, die sich ihnen stellte. Das war Optimismus! Wir dürfen uns von den Vorbildern jener schwierigen Zeit, von den Pionieren des neuen Österreich in allen politischen Lagern nicht beschämen las-

sen: Gehen wir an die Aufgaben unserer Zeit mit ähnlichem Mut heran, mit der gleichen Zuversicht und demselben Gottvertrauen wie sie.

hat dem Bundesministerium für soziale Verwaltung in einem Rundschreiben mitgeteilt (Auszug): „Dem Bund steht als Gläubiger einer fälligen, nicht bezahlten Geldschuld ... — ebenso wie jeder anderen Rechtsperson — ein Anspruch auf Entrichtung von Verzugszinsen zu. Inhaltlich gesehen handelt es sich bei dem Verzugszinsenanspruch um einen Schadenersatzanspruch, der sich auf die Verzögerung einer fälligen Zahlung gründet (vgl. § 1333 ABGB). Die Leistungspflicht für Geldschulden ... wird im allgemeinen durch Gesetz oder Vertrag bestimmt; falls ein Fälligkeitstag nicht bestimmt ist, tritt die Fälligkeit nach gerichtlicher oder außergerichtlicher Einmütigkeit ein (vgl. § 1334 ABGB).“

Zweifelstragen können sich in jenen öffentlich-rechtlichen Verwaltungsbereichen ergeben, in denen die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen in den einzelnen Bundesgesetzen nicht besonders geregelt ist. Für öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse dieser Art sind im Sinne der ständigen Rechtsprechung des VerFGH und des VerwGH schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen die Bestimmungen der §§ 1333 und 1334 ABGB sinngemäß anzuwenden. Dementsprechend dürfen in einem solchen Falle nur die nach den einschlägigen zivilrechtlichen Bestimmungen allgemein festgesetzten Verzugszinsen in Hundert von 4% pro Jahr geltend gemacht werden.

Bei dieser Gelegenheit darf noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß auf alle weiteren den Verzugszinsenanspruch betreffenden haushaltsrechtlichen Verfügungen (Stundung, Rabenbewilligung, Aussetzung der Einziehung und Verzicht im gesamten Bereich der Bundesverwaltung die im jährlichen Bundesfinanzgesetz und in den diesbezüglichen Durchführungsrichtlinien des BM. f. Fin. enthaltenen Haushaltsvorschriften anzuwenden sind.“

Das BM.f.soiz.Verw. darf also auch Verzugszinsen bei verzögerten Darlehensrückzahlungen vorschreiben, jedoch mit höchstens 4% pro Jahr. Die ▶

Es ist ein gutes Land, liebe Mitbürger, wohl wert, daß wir es in gemeinsamen Anstrengungen vor Schaden bewahren. Dabei vertraue ich auf Ihre Zuversicht und Ihren Optimismus. Es liebe unser Vaterland, die Republik Österreich!

weiteren Auswirkungen dieses Erlasses auf Darlehen aus dem Ausgleichsloansfonds werden von der ÖF-Kommission mit dem BM f. soz. Verw. umsichtig abzuhandeln sein!

C. Steuerlicher Freibetrag

Gemäß § 106 Einkommensteuergesetz (ESiG) ist den Inhabern von Amtsbeschreibungen und Opferausweisen auf Antrag der Abzug eines besonderen Betrages vom Einkommen (Arbeitslohn) zu gewähren; dieser beträgt für 1985 unverändert seit 1962, wenn die Einkommensteuer veranlagt wird, S 9048 jährlich, im Abzugswege bei Lohnsteuerpflichtigen, mit Eintragung auf der Lohnsteuerkarte, bei täglicher Lohnzahlung S 29, bei wöchentlicher Lohnzahlung S 174 und bei monatlicher Lohnzahlung S 754.

Gemäß § 106 ESiG ist steuerpflichtigen Körperbehinderten auf Antrag ein Freibetrag zu gewähren, dessen Höhe sich nach dem Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit richtet. Bei Lohnsteuerpflichtigen ist der Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte einzutragen. Diese Freibeträge sind 1985 unverändert.

OPFERFÜRSORGE

Fahrtpreismäßigung für Schwerbeschädigte

Das BM f. soz. Verw. hat mit Erlaß Zahl 42.350/13-5/1984 vom 19. 12. 1984 diesbezüglich verurteilt (Auszug):
Ab dem Kalenderjahr 1985 müssen die Wertmarken zur Inanspruchnahme der

Fahrtpreismäßigung für Kriegsbeschädigte und Anspruchsberechtigte nach dem ÖFG mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 70 v. H. nicht mehr alljährlich gesondert beantragt werden. Es wird nun jenen Beschädigten, die im jeweils laufenden Kalenderjahr (erstmalig 1984) die Fahrtpreismäßigung in Anspruch genommen haben, unaufgefordert durch das zuständige Landesinvalidenamt für das kommende Kalenderjahr die Berechtigungsmerkmale, die der im abgelaufenen Jahr ausgegebenen Markenart entsprechen, im Postweg zugesendet.

Eine gesonderte Verständigung des berechtigten Personenkreises durch die Ämter der Landesregierungen ist nicht erforderlich, da diese durch die Landesinvalidenämter erfolgen wird. Die Ämter der Landesregierungen werden jedoch ersucht, neu hinzukommende anspruchsberechtigte Personen (MdE von mindestens 70 v. H.; schwerbeschädigte Empfänger von Pflege- und Blindenzulage auch für Begleitpersonen) über ihre Rechte zu belehren und zur Erstantragstellung beim zuständigen Landesinvalidenamt einzuladen, sofern die Ausstellung eines Schwerbeschädigtenausweises und der Bezug einer Berechtigungsmerkmale für die Inanspruchnahme der für Schwerbeschädigte vorgesehenen Fahrtpreismäßigung auf den ÖBB sowie den Kraftfahrlinien der ÖBB und der Post angestrebt wird. Die erste Antragstellung ist weiterhin erforderlich. Den Parteien kann hierzu das entsprechende Formblatt samt Merkblatt zur Verfügung gestellt werden.

einen solchen Menschen in unseren Reihen zu wissen und ihn zu unseren Kameraden zählen zu können.

In Österreichs schwerster Zeit, zwischen 1938 bis 1945, war Kam. Pumpernig in den Reihen der Widerstandskämpfer zu finden und leistete in der „Antifaschistischen“ Freiheitsbewegung Österreichs — zu deren Mitbegründern er zählt — seinen Beitrag zur Befreiung Österreichs. Diese seine Tätigkeit übte er auf Grund einer Verurteilung durch den Berliner Volkgerichtshof mit einer 23monatigen Haft. Nur der Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ verhinderte eine weitere jahrzehntelange Haft.

Nach der Befreiung Österreichs stellte sich Pumpernig der Österreichischen Volkspartei und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten zur Verfügung, bekleidete in der ÖVP Steiermark eine Reihe wichtiger Funktionen und wurde von dieser schließlich am 14. 11. 1974 in den Bundesrat entsandt, dem er bis heute, und zwar in der Funktion des Vorsitzenden, angehört.

Dem Landesverband Steiermark der ÖVP-Kameradschaft steht er seit vielen Jahren als Landesobmann vor und trägt in dieser Funktion wesentlich dazu bei, daß seinen Leidenagelerten aus der NS-Zeit geholfen wurde und wird und ihre Rechte und Ansprüche gewahrt werden.

Kam. Pumpernig ist aber auch auf anderen Gebieten tätig. Er ist Generalsekretär der EURAG (Bund der älteren Generation Europas) und erfüllt hier wichtige Aufgaben zugunsten der älteren Mitmenschen.

Aber nicht nur für die ältere Generation setzt sich Pumpernig ein. Es ist ein besonderes Verdienst Pumpernigs, sich der so überaus wichtigen Jugendarbeit zu widmen und die Jugend über die jüngste Zeitgeschichte aufzuklären. Ein Verdienst, da um so höher einzuschätzen ist, als ja gerade auf diesem Gebiet die schulische Aufklärungsarbeit zu wünschen übrig läßt. Durch zahlreiche Exkursionen zu den Gedenkstätten für die NS-Opfer im In- und Ausland ermöglicht es Pumpernig jungen Menschen, aus eigener Wahrnehmung zu erkennen, wofür Unfreiheit, Diktatur und Unmenschlichkeit führen und welche Bedeutung der Freiheit und Demokratie zukommen. Für diese viele Arbeit, die Kam. Pumpernig unermüdet und vorbildlich leistet und die sicherlich oft genug unbeachtet ist, wollen wir ihm herzlich danken und ihn bitten, so wie bisher auch weiterhin zu wirken, seine Arbeit ist zu wichtig, um nicht weitergeführt zu werden.

Wir wünschen ihm dazu den verdienten Erfolg und für seinen privaten Lebensweg viel Glück, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Kamerad Eduard Pumpernig — 65 Jahre

Bundesrat Eduard Pumpernig, Bundesobmann-Stv. der ÖVP-Kameradschaft und langjähriger Obmann des Landesverbandes Steiermark der ÖVP-Kameradschaft, feierte am 9. März 1985 seinen 65. Geburtstag. Ein Anlaß, unserem Kameraden Pumpernig nicht nur unsere herzlichsten Glückwünsche und unsere besten Wünsche für seinen weiteren Lebensweg auszusprechen, sondern ihm auch aufrichtig zu danken für seine unermüdete Arbeit.

Kamerad Pumpernig, der derzeit Vorsitzender des Bundesrates der Republik Österreich ist, hat sein ganzes Leben in den Dienst seiner Mitmenschen



und seiner Heimat Österreich gestellt. Menschen, die sich wie er unermüdet von früh bis spät und unter Verzicht auf jede persönliche Freizeit für ihre vielfältigen Aufgaben mit ganzer Kraft einsetzen, sind sicherlich nicht oft anzutreffen. Wir sind stolz darauf,

Besonderes Gedenken

Leopold Figl — 20. Todestag

2. 10. 1902—9. 5. 1965

In das Gedenkjahr 1965 fällt auch der 20. Todestag unseres wertvollsten und unvergänglichen Kameraden Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold FIGL, der als „Kanzler aus Dachau“ am Wiederaufbau des wieder freigewordenen Österreichs in der Spitzengruppe unserer Staatsmänner tätig gewesen ist. Das drohende Schicksal einer Teilung Österreichs in Ost und West hat FIGL abwehren können. Er hat im Ringen um die Souveränität Österreichs, ohne Einschränkung durch die Besatzungsmächte, und um einen erträglichen Staatsvertrag, ohne eine „Garantie“ durch die Großmächte, voll Optimismus mitgewirkt und auch beachtliche persönliche Erfolge bei Verhandlungen verzeichnen können.

Der Leidensweg des Leopold FIGL unter dem NS-Terror soll wieder dargestellt werden: Am 12. März 1938 früh wurde FIGL vom Gestapo-Voraußkommando verhaftet, in das Polizeigefängnis Wien-Rudau eingeliefert und ging mit dem sogenannten „Prominententransport“ am 1. April 1938 nach Dachau. Die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Flossenbürg und wieder Dachau waren bis zum 8. Mai 1943, das sind leicht berechenbare 62 (!) Monate, seine Leidensstationen mit zeitweisen Verschärfungen durch Bunkerhaft und Aussperrungen, bis zu seiner vorübergehenden Freilassung in die Heimat.

Ungebrochen konspirierte er im Untergrund, nur vorsichtig, mit seinem Freund und Arbeitgeber, dem Bauunternehmer Ing. Julius RAAB, und dem früheren Bauamtsfunktionär Josef KRAUS und später auch mit dem Widerstandskämpfern Dr. Felix HURDES und Alois WEINBERGER. Am 4. Oktober 1944 holte ihn die Gestapo wieder und lieferte ihn ins KZ Mauthausen ein. Der Volksgerechtigkeitshof verurteilte ihn wegen Hochverrats zum Tode. Nur der Zusammenbruch der NS-Herrschaft vorerst in Ostösterreich verhinderte die Hinrichtung und FIGL ging am 8. April 1945 aus dem Wiener Landesgericht frei!

Wie allen ehemaligen Verfolgten des NS-Regimes gegenüber, ist FIGL als Bundeskanzler und in seinen weiteren Spitzenfunktionen auch unserer ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten als Mitglied und Kamerad sehr verbunden gewesen. Er war auch Träger unseres Ehrenringes, das Befreiungsehrenzeichen wurde ihm posthum verliehen und seiner Witwe Hilde FIGL am 10. Mai 1977 überreicht. Seine Verdienste um Österreich sind unbestrit-

ten und sein vorbildliches Leben möge von den Staatsmännern und Politikern der jetzigen Generation nachgeahmt werden! „FIGL von Österreich!“ war auch sein verdienstvoller Name.

Besonderes Gedenken

Franz Kittel — 10. Todestag

11. 5. 1914—25. 2. 1955

An den unermüdlichen Wiener stellvertretenden Landesobmann und ÖVP-K und langjährigen Chefredakteur unseres Organes „Der Freiheitskämpfer“ haben wir in den zehn Jahren seit seinem Hinscheiden oft gedacht. Er ist ab 1945 am Aufbau der Österreichischen Jugendbewegung als Wiener Landesobmann mittätig

gewesen und hat auch in seiner Berufsorganisation als Bundesregionalvorsitzer der Trafikanten verdienstvoll gewirkt.

Seinen Leidensweg als NS-Opfer hat er in seinem Buch „Nacht über Österreich“ geschildert. Seine Erlebnisse und Eindrücke als politischer Polizeihäftling vom März bis zum Juni 1938 in Wien und anschließend als Schutzhäftling bis 23. Dezember 1938 im KZ Dachau hat er eindrucksvoll darstellen können. Die Ängste der Mitmenschen in den Luftschutzkellern während des Fliegeralarms und den Bombenangriffen hat er mitempfunden und ist ein Kämpfer für den Frieden in Freiheit und für die Versöhnung unter den Bürgern geworden!

Seine Funktionen in der Zweiten Republik Österreich hat er mit größtem Einsatz ausgeübt und dabei seine Leistungsfähigkeit überschätzt, bis ihn ein Herzinfarkt im 61. Lebensjahr niederwarf und ihn seiner Familie und auch uns entriß! Das Befreiungsehrenzeichen erhielt er posthum verliehen, und es ist sicher die wertvollste unter seinen vielen Auszeichnungen und Ehrungen gewesen. Wir werden immer seiner gedenken!

Zweite Republik Österreich im Gründungsjahr 1945

Offiziell wird der 27. April 1945 als Geburtstag der Zweiten Republik gefeiert. An diesem Tag hielt die von den Proponenten der drei politischen, demokratischen Parteien eingesetzte „Provisorische Staatsregierung“ unter dem Vorsitz von Dr. Karl RENNER ihre erste Sitzung im Wiener Rathaus ab. Am selben Tag beschloß sie drei Proklamationen:

1. die Unabhängigkeitserklärung, unterzeichnet von Dr. Karl RENNER und Dr. Adolf SCHARF für die SPÖ, von Leopold KUNDSCHAK für die ÖVP (bzw. Christlichsozialer Volkspartei) und von Johann KOPELNIK für die KPÖ.
2. die Kundmachung über die Bildung der „Provisorischen Staatsregierung“, mit Anführung aller nominierten Regierungsmitglieder.
3. die Regierungserklärung mit dem Aufruf zur Wiedererrichtung der Gemeinde-, Bezirks- und Landesverwaltungen, weiters mit der Aufforderung an die Österreicher in der Deutschen Wehrmacht, die Waffen niederzulegen und schließlich mit der Absichtserklärung, Österreich mit Hilfe der Alliierten frei selbst regieren und selbst verwalten zu wollen.

Die Unabhängigkeitserklärung wurde anschließend vor dem Parlament feier-

lich einer versammelten Menge proklamiert.

Die „Provisorische Staatsregierung“ am 27. April 1945 — eine Konzentrationsregierung — bestand aus folgenden 30 Persönlichkeiten der Gründungsparteien und auch aus Parteilosen:

Staatskanzler: Staatskanzler Dr. Karl RENNER, 3 Staatssekretär ohne Portefeuille: Dr. Adolf SCHARF, Dipl.-Ing. Leopold FIGL und Johann KOPELNIK und Unterstaatssekretär für Heerwesen, Franz WINTERER.

Staatsamt für Inneres: StSekr. Franz HONNER und 2 UnterStSekr.: Oskar HELMER und Raoul BUMBALLA.

Staatsamt für Justiz: StSekr. Dr. Josef GERO und 3 UnterStSekr.: Dr. Karl ALTMANN, Dr. Max SCHEFFENEGGER und Dr. Ferdinand NAGL.

Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung und für Kulturanangelegenheiten: StSekr. Dr. Ernst FISCHER und 3 UnterStSekr.: Dr. Karl LUGMAYER, Josef ENSLEIN und DDr. Ernst HEFEL.

Staatsamt für soziale Verwaltung: StSekr. Johann BOHM und 2 UnterStSekr.: Dr. Franz DAVID und Alois WEINBERGER.

Staatsamt für Finanzen: StSekr. Dr. Georg ZIMMERMANN.

Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft: StSekr. Rudolf BUCHINGER und 2 UnterStSekr.: Alois MENTASTI und Laurenz GÖNNER.

Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr: StSekr. Eduard HEINL und UnterStSekr. Dipl.-Ing. Karl WALDBRUNNER.

Staatsamt für Volksernährung: StSekr. Andreas KÖRP und 2 UnterStSekr.: Helene POSTRANECKY und Josef KRAUS.

Staatsamt für öffentliche Bauten: StSekr. Ing. Julius RAAB und UnterStSekr. Heinrich SCHNEIDMADL.

Diese konstituierte Regierung RENNER wurde Marschall TOLBUCHIN vorgestellt und hatte die Anerkennung für seinen Befehlsbereich südlich der Donau erhalten, die Anerkennung durch STALIN folgte später für den gesamten sowjetischen Besatzungsgebiet. Am 28. April 1945 übersandte RENNER den Regierungen der USA, der Sowjetunion und Großbritannien eine diplomatische Note über die Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich, beiliegend die drei Proklamationen vom 27. April 1945, und bat um die Anerkennung. Die Westmächte protestierten gegen den russischen Alleingang, mitäuserten der Regierung RENNER und wollten erst einmal Zonen- und Kontrollsystemfragen innerhalb der Alliierten klären.

In Österreich waren die Sowjettruppen bereits seit 29. März 1945 einmarschiert, hatten das Burgenland, Teile der Steiermark, Wien und Niederösterreich in schweren Kämpfen von den Deutschen befreit und besetzt und bereits eine Zivilverwaltung einrichten lassen. In Südkärnten und vor allem im westlichen Österreich waren stellenweise noch Kämpfe der westlichen Alliierten mit den zurückweichenden deutschen Truppen im Gange, die erst am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierten. Die westlichen Alliierten, dazu waren noch die Franzosen gekommen, führten als Sieger- und Besatzungsmächte entweder selbst die lokale Verwaltung oder ließen österreichische Verwaltungsstellen wiedererrichten.

In den einzelnen westlichen Bundesländern waren verschiedentlich Kalamitäten durch die österreichischen Landesverwaltungen zu übersehen. Die provisorischen Landesregierungen hatten untereinander Kontakte, Vorkonferenzen abgehalten und forderten Sitze in der Wiener Staatsregierung. Erst am 24. September 1945 konnte die 1. Länderkonferenz in Wien abgehalten werden. Der Tiroler provisorische Landeshauptmann Ing. Dr. Karl GRUBER, durch die Leitung des erfolgreichen Innsbrucker Befreiungskampfes sehr geschätzt, war der

nominierte Sprecher des Westens und sollte auf die Übernahme des Außenamtes in der Provisorischen Staatsregierung bestehen, um Südtirol für Österreich zu erringen. Verschiedene Unstimmigkeiten wegen der überpräsentierten KPÖ wurden in Kommissionen der Ländervertreter mit Kompromissen beseitigt.

Am 26. September 1945 wurde die abschließende Plenarsitzung der Länderkonferenz mit Zuhörern der Öffentlichkeit abgehalten. Die vorbereiteten Resolutionen wurden einstimmig angenommen und die Sitzung wurde zu einer Demonstration der Einigkeit, mit dem beabsichtigten Eindruck auf die Alliierten. Ein weiteres Staatssekretariat für Vermögenssicherung unter Ing. Vinzenz SCHÜMY mit den UnterStSekr.: Franz RAUSCHER und Dr. Alfred NEUMANN wurde beschlossen. GRUBER kam als UnterStSekr. für Äußeres zusätzlich in die Staatskanzlei und Dr. Josef SOMMER als UnterStSekr. für Wahlen noch in das Staatsamt für Inneres. Als Termin für die Nationalratswahlen wurde noch der 25. November 1945 festgesetzt. Die Provisorische Staatsregierung konnte nunmehr für das ganze Bundesgebiet Österreich auftreten und um die Anerkennung und Unterstützung durch alle Besatzungsmächte werben.

Am 25. November 1945 fanden im ganzen Bundesgebiet die Wahlen zum Nationalrat statt, von den Besatzungstruppen nicht behindert. Es ergab sich hierauf folgende Mandatsverteilung: ÖVP 86, SPÖ 76 und KPÖ 4. Der Nationalrat trat am 19. Dezember 1945 erstmals zusammen und schon am 20. Dezember 1945 wurde das Kabinett FIGL bestätigt. Es setzte sich wie folgt zusammen und wurde vom gewählten Bundespräsidenten RENNER angelobt:

Bundeskanzleramt: Bundeskanzler Dipl.-Ing. Leopold FIGL, Vizekanzler Dr. Adolf SCHARF, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Ing. Dr. Karl GRUBER, Bundesminister ohne Portefeuille: Alois WEINBERGER (bis 11. 1. 1947), Erwin ALTENBURGER (seit 11. 1. 1947).

Franz Hauf

Politische Rückschau

Man soll alten Kohl nicht immer wieder aufwärmen und doch scheint es notwendig, ungute Dinge, die in Vergessenheit geraten können, noch einmal deutlich aufzuzeigen. Dies ist deswegen wichtig, weil viele Fälle ungeklärt oder unter den Tisch gekehrt

Bundesministerium für Inneres: BMin. Oskar HELMER, StSekr. Ferdinand GRAF.

Bundesministerium für Justiz: BMin. Dr. Josef GERÖ.

Bundesministerium für Unterricht: BMin. Dr. Felix HURDES.

Bundesministerium für soziale Verwaltung: BMin. Karl MAISEL.

Bundesministerium für Finanzen: BMin. Dr. Georg ZIMMERMANN.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: BMin. Josef KRAUS.

Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau: BMin. Dr. Eugen FLEISCHHACKER (bis 31. Mai 1946), BMin. Eduard HEINL (vom 31. Mai 1946 bis 18. Februar 1948), BMin. Dr. Ernst KOLB (seit 18. Februar 1948).

Bundesministerium für Volksernährung: BMin. Ing. Dr. Hans FRENZEL (bis 11. 1. 1947), BMin. Otto SAGMEISTER (seit 11. 1. 1947).

Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung: BMin. Dr. Peter KRAULAND, StSekr. Dipl.-Ing. Karl WALDBRUNNER (bis 28. 3. 1946), StSekr. Franz RAUSCHER (seit 28. 3. 1946 bis 11. 1. 1947), StSekr. Karl MANTLER (seit 11. 1. 1947).

Bundesministerium für Verkehr: BMin. Vinzenz ÜBELEIS.

Bundesministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft: BMin. Dr. Karl ALTMANN (bis 20. 11. 1947); mit der Leitung betraut: BMin. Eduard HEINL (seit 20. 11. 1947 bis 24. 11. 1947); BMin. Dr. Alfred MIGSCH (seit 24. November 1947). Die Zweite Republik Österreich hatte 1945 eine schwierige Geburt zu überstehen. Vom revolutionären Gründungsakt am 27. April 1945 über die Länderkonferenzen und die Anerkennung durch alle Alliiertenmächte bis zur Volkswahl und der Regierungsübernahme durch FIGL wurden viele Übereinstimmungen gesucht und gefunden, um gemeinsam den Wiederaufbau Österreichs durchzuführen und das Vertrauen der Besatzungsmächte zu erringen! Die Bürger hatten tapfer mit!

sind. Das AKH, die Consultatio und das Hundert-Millionen-Ding der Primaria Ledofator aus der Androsch-Ära steht noch immer offen im Raum. Baldher hat nach der Übernahme des Finanzministeriums erklärt, er werde die Sa-

che regeln, unter Umständen durch eine Anzeige bei Gericht; aber seither hat man darüber nichts mehr gehört. Wir wollen ins Gedächtnis rufen, daß das Verschwinden von 13.000 Tonnen Heizöl bei den Wiener Entsorgungsbetrieben ebenfalls noch ungeklärt ist. Das tausendfache Hin- und Hergerade über Zwentendorf war gewiß kein Gütezeichen für unsere Politik. Hinzu kommt das Problem Hainburg, das im Grunde genommen gar kein Problem ist, weil es mehrere Ansatzpunkte zu einer Lösung, mit oder ohne die Grünen, gibt. Allerdings ist eine Kompromißbereitschaft bei allen im Parlament vertretenen Parteien notwendig.

Das Gerangel innerhalb der Regierungsparteien ist kein gutes Omen für die Zukunft unserer Politik und unseres Landes; heute Frischenschlager — Reder, morgen Haider und übermorgen Exfinanzminister Salcher. Dieser meldet aus Tirol in Sachen Umweltschutz mehr zu tun als bisher und deutet die Gründung einer neuen Partei an. Nicht allein die Ankündigung und Durchführung der ZEST (Zinsertragsteuer) hat zu einer gewissen Versicherung der Menschen in Österreich geführt, sondern die gesamte politische Struktur der Gegenwart.

Wir müssen leider zur Kenntnis neh-

men, daß bei allen politischen Parteien, nicht nur in Österreich, Nationalsozialisten oder Sympathisanten zu finden sind. Viele von ihnen schwimmen im Fahrwasser des Herrn Burger und erwarten sich eine Renaissance des Nationalsozialismus. Neuen Nährstoff für diese Annahme bot das Bild des Verteidigungsministers in Sachen Reder und die Unklarheit bei der Unterscheidung zwischen Kriegsgefangener oder Kriegsverbrecher. Wenn nun heute Personen und Gruppen versuchen, wieder bei uns den Nazismus ins Gespräch zu bringen, so ist dies nicht nur zu verurteilen, sondern verstößt gegen das Staatsgrundgesetz und die Präambel unseres Staatsvertrages; dazu muß klargestellt werden, daß unsere Politiker gut beraten wären, wenn sie sich von solchen Personen und Ideologien aus der NS-Zeit distanzieren würden.

Eine solche Distanzierung von dieser Anschauung wäre heute um so eher möglich und leichter, weil das große Heer österreichischer Nationalsozialisten in den letzten Jahrzehnten auf ein Minimum geschrumpft ist; trotzdem muß festgehalten werden, daß kleinere und größere Gruppen offiziell und im Untergrund aufscheinen, die auf Grund unserer Gesetze zur Verantwortung gezogen werden müßten.

In den dreißiger Jahren haben wir ebenfalls getarnte Nationalsozialisten in den verschiedensten Bereichen unserer Wirtschaft und Parteien gehabt, die praktisch die Wegbereiter für den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich waren.

Damit Österreich nicht wieder in eine solche oder ähnliche Situation hineinschlittern kann, sind gewisse Voraussetzungen, vor allem die Bewältigung der Vergangenheit notwendig. Diese kann nur dann zufriedenstellend durchgeführt werden, wenn die Engherzigkeit bei der Wiedergabe von Ereignissen aus der Nazi-Ära ohne Schönfärberei Voraussetzung ist.

Sicher kann man von einem jungen Historiker oder Politiker nicht verlangen, daß sie das Wissen mitbringen, wie ein dem Tode entronnener KZ-Häftling oder Stalingradkämpfer; aber man kann mehr Glaubwürdigkeit bei den Aussagen und Versprechungen gewisser Politiker verlangen, um eine weitere Verunsicherung und Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung zu unterbinden.

Wenn wir anstelle der Verlogenheit den gesunden Menschenverstand setzen, so müssen wir erkennen, daß die NS-Führung mit allen ihren ungunstigen Organisationen und deren Verbrechen zu verdammen war.

**Nichts
riskieren.
Lieber
versichern.**



selbstverständlich
**BUNDESLÄNDER
VERSICHERUNG**

Ringen um den Staatsvertrag

Fast zehn Jahre dauerte dieses Ringen, ein Ende schien zeitweise nicht absehbar. Auf einer New Yorker Außenministerkonferenz der Großmächte im Dezember 1946 wurde bereits ernsthaft über den Staatsvertrag beraten. Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, hauptsächlich den Komplex „Deutsches Eigentum“ und jugoslawische Gebietsansprüche an Österreich betreffend, verhinderten eine Einigung über den Vertragsinhalt. Das amerikanische Hilfsprogramm und der „Marshall-Plan“ halfen ab 1947 sehr beim Wiederaufbau Österreichs, führten aber zu einer zunehmenden Westorientierung und ließen auch eine Teilung Österreichs befürchten. Die Entwicklung in der CSSR und in Ungarn zu Volkedemokratien unter einer Sowjetunion als Schutzmacht war besorgniserregend.

Als aber die Sowjetunion im Sommer 1949 die Gebietsforderungen Jugoslawiens nicht mehr unterstützte, wurde wieder eine Einigung erwartet. Schließlich aber verknüpfte die Sowjetunion die Einigung über den Staatsvertrag mit der Triester Frage, die eigentlich nur die Siegermächte Italien und Jugoslawien berührte, und zeigte deutlich, daß sie am Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich noch kein Interesse hatte.

Im März 1952 legten die Westmächte eine für Österreich recht günstige „Kurzfassung“ des Staatsvertrages vor, die aber von der Sowjetunion nicht akzeptiert wurde. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) appellierte im Dezember 1952 an die Großmächte, die Besetzung Österreichs doch endlich zu beenden. Anfang 1953 ersuchte Außenminister Dr. GRUBER den indischen Ministerpräsidenten NEHRU, zu sondieren, ob die Sowjetunion bei einer Entschärfung Österreichs zur Neutralitätspolitik zum Abschluß des Staatsvertrages bereit wäre. Der russische Außenminister MOLOTOV fand aber ein Bekenntnis Österreichs zur Neutralität für den Abschluß des Staatsvertrages nicht ausreichend.

Auf einer Berliner Konferenz im Januar 1954 stellte MOLOTOV dann den Abschluß des Staatsvertrages in Aussicht, machte aber einen unakzeptablen Änderungsvorschlag zum Entwurf. Zur Verhinderung eines „Abschlusses“ an Deutschland sei der Abzug der alliierten Besatzungstruppen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzuschieben. Außenminister FIGL gab hierauf die Erklärung ab, daß Österreich zur militärischen Neutralität bereit sei, jedoch einen Vertrag ohne befristeten

Abzug der Besatzungstruppen ablehne. Das österreichische Volk wünsche in Frieden und Freundschaft mit allen Staaten zu leben.

Diese Berliner Konferenz deutete auf ein Ende der sowjetischen Expansionspolitik hin und ließ eine Entschärfung des schwebenden kalten Krieges erwarten. Auch waren in Moskau mit CHRUSCHTSCHOW konziliantere Auffassungen erkennbar und ein neutrales Österreich schien zur Sicherung der erreichten Machtposition der Sowjetunion in Mitteleuropa auszureichen.

Am 25. März 1955 kam überraschend die Einladung der Sowjetunion, Vertreter der österreichischen Regierung nach Moskau zu entsenden, um über die Möglichkeiten für den Abschluß eines Staatsvertrages direkt zu verhandeln. Am 11. April 1955 flog die Regierungdelegation nach Moskau. Ihr gehörten an: Bundeskanzler Ing. RAAB, Vizekanzler Dr. SCHÄRF, Außenminister Dipl.-Ing. FIGL und Staatssekretär Dr. KREISKY, begleitet von einigen Diplomaten. Vom 12. bis 15. April 1955 fanden die Verhandlungen statt. Die Sowjetunion verzichtete auf bereits zugestandene langjährige Ökonozessionen mit Schürfrechten und auf andere Vermögenswerte in Ostösterreich, natürlich gegen eine hohe Ablösezahlung.

Über eine Alliiertenfreiheit wurde auch verhandelt. Schließlich definierte die österreichische Regierungdelegation ihre Bereitwilligkeit zur Neutralität nach Schweizer Vorbild, wie der „Passus“ im abschließenden „Moskauer

MEMORANDUM“ aufzeigt: „Im Sinne der von Österreich bereits auf der Konferenz von Berlin im Jahre 1954 abgegebenen Erklärung, keinem militärischen Bündnis beizutreten und militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet nicht zuzulassen, wird die österreichische Bundesregierung eine Deklaration in der Form abgeben, die Österreich dazu verpflichtet, immerwährend seine Neutralität zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird.“ Die Standpunkte der Verhandlungspartner waren abgeklärt. Die österreichische Regierungsdelegation trat den Rückflug an.

Vom 2. bis 12. Mai 1955 tagte eine Botschafterkonferenz der vier Mächte in Wien, wo die Einigung über alle Vertragsartikel gelang. Am 14. Mai 1955 genehmigte eine Konferenz der inzwischen eingetroffenen Außenminister — DULLES für die USA, MACMILLAN für Großbritannien, MOLOTOV für die Sowjetunion, PINAY für Frankreich und FIGL für Österreich, der noch die Streichung der „Mitschuld Klausel“ erreichte — den Entwurf des Staatsvertrages.

Am nächsten Tag, am 15. Mai 1955, wurde der Staatsvertrag 1955 im Großen Marmorsaal des Oberen Belvedere in Wien unterzeichnet. FIGL zeigte den signierten Staatsvertrag vom Balkon aus dem Volk und rief: „Österreich ist frei!“ Diese berühmte geworden Szene auf dem Balkon des Schlosses Belvedere ist auf vielen Bildern überliefert. Sie zeigt FIGL mit dem Staatsvertrag, die vier Außenminister der Großmächte, Bundeskanzler RAAB und zwei Botschafter. Österreich war nun erst wirklich frei, unabhängig und souverän geworden!

Gründung der ÖVP

Anfang April 1945 — beim Kriegsende für Wien — repräsentierte der sogenannte „Siebenerausschuß“ im Wiener Palais Auersperg die in der „Ö 5“ vereinigten Widerstandsgruppen. Dieser Ausschuß handelte unabhängig von den sich bereits wieder bildenden politischen Parteien und wurde auch von den russischen Besatzern wenig geschätzt; wiederholt mußten Funktionäre dieser „Ö 5“-Leitung lange Verhöre durch russische Offiziere auf sich nehmen.

Alois WEINBERGER und Dr. Felix HURDES, zwei ehemalige KZ-Insassen und auf freiem Fuß wieder im Untergrund aktiv, kontaktierten schon mit Sozialisten wegen einer Mehrparteiendemokratie im freien Österreich. Sie warben aus der „Ö 5“-Leitung Raoul BUNSBALLA, Viktor MÜLLNER, Franz SOBOK und Emil OSWALD für die im Gründungsstadium befindliche „Österreichische Volkspartei“ ab und

stützten sich vorwiegend auf frühere Christgewerkschafter.

Die Sozialdemokraten um Dr. Adolf SCHÄRF und die Kommunisten anerkannten die „Ö 5“ nicht als politische Vertretung. So löste sich diese legendäre und verdienstvolle „Ö 5“ eigentlich noch vor der Verlegung der Sowjetkommandantur vom 21. April 1945 auf. Dieses unheimliche Ende und die Ausschaltung vom politischen Leben kränkte viele aus der „Ö 5“ sehr nachhaltig.

In den „Österreichischen Monatsheften“ der ÖVP, Ausgabe Oktober 1945, schrieb Generalsekretär Dr. Felix HURDES „Wie die Österreichische Volkspartei entstand“, wirklich „geworden“ ist und nicht „gemacht“ wurde. Aus diesem authentischen Bericht folgt nun ein Auszug:

„Auf Grund der mühsamen Vorarbeiten, die durch all diese Zeit geleistet worden waren, konnte die Partei über

Nacht ins Leben gerufen werden und ihre Arbeit beginnen. Ich traf auch Lois WEINBERGER nach der schweren Haft wieder, und nun konnten wir das verwirklichen, was wir seit Jahren vorbereitet und wofür wir gelitten hatten.

Die Obmannschaft übernahm Leopold KUNTSCHAK, der in Zielbewußter, umsichtiger Weise mit den Vertretern der beiden anderen Parteien die Verhandlungen zur Regierungsbildung und zur Besetzung der Positionen in der Gemeinde Wien führte.

Die Führung des „Arbeiter- und Angestelltenbundes“ war schon lange vorher trotz des Naziregimes in einer regelrechten demokratischen Wahl der Vertrauensleute über Empfehlung des Arbeiterführers Leopold KUNTSCHAK dem Mitgründer der Partei, Lois WEINBERGER, übertragen worden. Ebenso war vom ersten Tage der Befreiung Wiens an der „österreichische Bauernbund in vollem Betrieb. Da der Bauernführer Josef REITHER noch in

Haft war, übernahm Ing. FIGL die Führung. Auch der „Wirtschaftsbund“ unter Führung Ing. JULIUS RAAB ... erfaßte die von ihm betreuten Berufsgruppen.“ Die drei Bünde waren somit organisiert und konnten zusammenarbeiten!

Am 17. April 1945 konstituierte sich im Wiener Schottenstift die Gesamtpartei zunächst für Wien und Niederösterreich und wählte endgültig den Namen „Österreichische Volkspartei“. In den anderen Bundesländern bildeten sich eigene politische Parteien als Nachfolge der ehemaligen „Christlich-sozialen Volkspartei“ und nahestehender Gruppen. Erst im Herbst 1945 vereinigen sich diese politischen Gruppen zur Gesamtpartei „ÖVP“, die am 25. November 1945 bei den ersten freien Wahlen zum Nationalrat 85 Mandate erringen konnte und den Bundeskanzler in einer Konzentrationsregierung der drei zugelassenen politischen Parteien stellte. Die „Ara FIGL“ begann damit!

ich als Wiener Landessekretär.“

„Es war übrigens nicht ganz problemlos, den Namen „Österreichische Volkspartei“ durchzusetzen, denn auch der Name „Christlichsoziale Partei“ wurde oft ins Spiel gebracht. Westhalb war uns beiläufig, provisorische Beitrittsklärungen und Mitgliedsausweise herausstellen, auf denen der Name „Österreichische Volkspartei“ aufschien.“

„In den Bezirken Wiens haben wir bald verschiedene Referate eingerichtet, darunter solche für Heimkehrerhilfe“, fällt Dr. HABL eine andere wahre Geschichte aus diesen Tagen ein. „Um die Heimkehrer zu ermuntern, sich bei uns Rat und Hilfe zu holen, haben wir sogar ein Plakat drucken lassen, auf dem ein Heimkehrer in zerschlissener Uniform zu sehen war, der niedergeschlagen vor seinem zerbrochenen Haus stand. Der Text dazu lautete: „Kopf hoch, komm zu uns, Österreichische Volkspartei.“

Das aber hat den Russen überhaupt nicht gefallen, und deshalb zitierten sie unseren Generalsekretär in die Kommandantur. Da Dr. HURDES zu diesem Zeitpunkt gerade krank war und sich in der Klinik Fango befand, einige man sich rasch auf seinen ständigen Stellvertreter, und so mußte ich zusammen mit unserem Propaganda-Referenten Ing. WOLF hingehen, was verständlicherweise nicht gerade angenehm war.

Ein sowjetischer Offizier befahl uns, sämtliche Heimkehrer-Plakate innerhalb eines einzigen Tages entfernen zu lassen. Obwohl wir wußten, daß dies unmöglich war, sagten wir sofort zu und — durften gehen. Die meisten Plakate aber blieben noch lange Zeit hängen ...“

Erinnerungen an 1945

In „Wien aktuell“ vom April 1975 erinnern sich zehn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an die Apriltage des Jahres 1945. Dr. Ferdinand HABL nahm auch an den Gründungsversammlungen der ÖVP im Schottenhof teil und schilderte seine Eindrücke in diesen Tagen:

„Es gibt viele, die für sich in Anspruch nehmen, die Österreichische Volkspartei im April 1945 mitgegründet zu haben. Und die meisten von ihnen haben sogar recht damit. Denn damals bestanden mehrere Gruppen, die eine solche Partei gründen wollten, und so hat es im April 1945 eigentlich mehrere Volksparteien gegeben, die aber bald organisatorisch vereinigt werden konnten.“

Derartige Versuche waren übrigens auch schon im Herbst 1938 unternommen worden; da wollte man zum Beispiel — Dr. HABL saß deswegen in Gestapohaft — eine ÖVB gründen, eine „Österreichische Volksbewegung“, aus der später eine politische Partei werden sollte. Aber zurück zum April 1945: Die Mitglieder jener Gruppe, die sich bereits fest organisiert hatte, stammten zum Großteil aus der Widerstandsbewegung „Ö5“; sie hatte auch Verbindung zum militärischen Widerstand, so etwa zu Major BZOKOLL und zu Doktor HABLs langjährigem Freund Dr. Ferdinand KAS, der bekanntlich mit der Roten Armee Kontakt aufgenommen hatte.

In Gesprächen mit Männern aus verschiedenen politischen Lagern und im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht einigte man sich darüber, daß

es drei Parteien geben sollte, jede von sich aus organisiert. „Unsere Gruppe nahm ihre Tätigkeit im Schottenhof auf“, erinnert sich Dr. HABL, „und dort kam es so um den 14. oder 15. April herum zu den endgültigen Gründungsbesprechungen. Die ersten Funktionäre wurden bestellt, Leopold KUNTSCHAK als Bundesobmann, der ehemalige Unterrichtsminister Dr. Hans PERINTER als Geschäftsführender Bundesobmann, Dr. Felix HURDES als Generalsekretär, Hauptmann Emil OSWALD als Wiener Landesobmann und

Walter Reder — Heimkehrer?

Am Donnerstag, dem 24. Jänner 1955, um 10.30 Uhr, auf dem Flugplatz Graz-Thalerhof, überstellten italienische Beamte in Zivil den verurteilten Kriegsverbrecher und Sträfling SS-Sturmbannführer a. D. Walter REDER vereinbarungsgemäß den österreichischen Behörden. Strenge Geheimhaltung, keine spektakuläre Form und einige Tage Abschirmung des ausgelieferten Sträflings hatten sich die Italiener ausbedungen. Die Organisation der Übernahme war von Außenminister Leopold GRATZ dem Verteidigungsminister Dr. Friedhelm FRISCHENSCHLAGER überlassen worden. Dieser übernahm nun höchstpersönlich auf dem Rollfeld den Sträfling, begrüßte ihn mit Handschlag und ließ ihn in der Heimat willkommen. Ein österreichisches Militärflugzeug brachte den Minister und REDER zum

Militärflugplatz Langenlebarn bei Tulln/NO, dort stiegen sie in einen Hubschrauber um und landeten am Bestimmungsort Martinekkaseme in Baden bei Wien. In der Offiziersmesse tafelten sie noch, gaben dann ein Fernsehinterview und boten einen festlichen Auftritt. Anschließend kam REDER zur Durchuntersuchung in das Militärspital.

Journalisten hatten diese „Geheimaktion“ schon in Graz erwartet und berichteten in alle Welt darüber. Der ORF brachte am selben Abend schon Berichte darüber und wiederholt einige Tage hindurch Interviews und Stellungnahmen. Die heftigen Reaktionen von Spitzenpolitikern aller Richtungen, der NS-Opfer und der Antifaschisten sowie vieler Bürger konnten in den Medien des In- und Auslands verfolgt werden. Nachdem die Auslieferung

nung und Überstellung von der italienischen Regierung mit Österreichs Bundesregierung abgesprochen war, blieb nur die Form der Übernahme und weiteren Verwahrung des Mannes durch österreichische Organe zu bestimmen und zu organisieren. Aus einer geplanten rein humanitären Aktion für einen alten und kranken Mann, der fast 40 Jahre Strahfhaftung mit superhumaner Behandlung war, wurde eine show-artige und spektakuläre „Heimholung“ des angeblichen letzten österreichischen Kriegsgefangenen und Opfers seiner Pflichterfüllung, Minister FRISCHENSCHLAGER von der FPÖ ist geschuttert Politologe, gilt als Erzliberaler und hat auch mehrere anerkanntswürdige Aktionen gegen den Rest der deutschnationalen Gesinnung in der FPÖ gezeigt. Unverständlich ist dies nun!

Im Gedenkjahr 1965 erinnern wir uns auch an das Elend der vor 40 Jahren von den Alliierten befreiten echten Heimkehrer aus den Nazikerkern, aus den Konzentrationslagern Hitlers und aus der Emigration. Wie unzeremoniell ist dies vor sich gegangen und wie wenig Hilfe und Zuwendung haben diese leidgeprüften und gesundheitlich schwer geschädigten Heimkehrer erhalten! Bis heute ist der österreichische Staat noch nicht in der Lage gewesen, für die eigenen Naziopter eine endgültige, ihren Verdiensten beziehungsweise ihren vielfach noch nachwirkenden Leiden angemessene Regelung zu treffen. Bloß Fürsorgemaßnahmen sind vorgesehen und können gewährt werden!

Auch den Heimkehrern aus dem Kriege und aus der Kriegsgefangenschaft hat man keinen so ehrenden Empfang bereitet und ihnen wenig Starthilfe für das zivile Leben geboten. Ein Guljas, S 10, — Handgeld und 1 Fahrkarte hat es in der Heimkehrer-Entlassungsstelle Wiener Neustadt des zuständigen Innenministeriums gegeben und Gahelm hat sich der Sprengförsorger mit S 50, — Aushilfe splendid zeigen können. Kein Minister weil und bräut. Diese Heimkehrer sind fast alle zwangsweise eingezogen gewesen, haben viele Jahre ihres Lebens verloren und haben als echte Österreicher in den besetzten Gebieten keine Verbrechen an Zivilisten begangen.

Nun ein Ministerkomitee zu bilden, um zu Beginn des Gedenkjahrs an das Kriegsende 1945 und die Befreiung Österreichs von der NS-Terrorherrschaft einem überwiesenen NS-Kriegsverbrecher als letztem „Heimkehrer“ einen großartigen Empfang mit Medienausstrahlung zu bieten, das ist ein Hohn für die einst so vernachlässigten echten und wirklich willkommenen gewordenen Heimkehrer nach 1945. Wer kann dies wieder vor aller Welt gutmachen und wie soll dies

geschehen? Zuviel Optimismus wird da gezeigt!

Überhaupt hat unser österreichisches Bundesheer der Zweiten Republik seine Stellung in der Gesellschaft und in der Demokratie klar erkannt. Es kennt keine Traditionsverbundenheit mit der Deutschen Wehrmacht und hat dort so ausgeprägt gewesenen „Geist von Potsdam“! SS-Verbände als KZ-Wachmannschaften und für reine Polizei-

und Slüberungseinätze hinter der Front sind auch von der Deutschen Wehrmacht nicht als Soldaten betrachtet worden. Kriegsverbrechen und Massaker an Zivilisten sind keine Heidentaten und können nur gebüßt und bereut, aber nicht vergessen und verziehen werden! Einen „Schlußstrich“ kann bei unserem Rechtssystem erst eine Generation des nächsten Jahrhunderts zu diesen Grauein setzen!

Protestnoten wegen des Reder-Empfanges

Unserer Redaktion sind im „Fall REDER — FRISCHENSCHLAGER GRATZ“ folgende Protestnoten zur Kenntnis gebracht worden:

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs

„Die ARGE ist bereits am Freitag, dem 25. Jänner, nach dem Bekanntwerden des Empfanges des freigelassenen Kriegsverbrechers SS-Sturmbannführer Walter REDER in einer Presseausendung durch die APA dagegen aufgetreten. Die gleiche Stellungnahme erfolgte durch das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“.

Im Protest kam zum Ausdruck, daß mit diesem spektakulären Empfang alle Naziopter, auch die Opfer des verbrecherischen Hitlerkrieges und letzten Endes auch das neue Bundesheer Österreichs in seiner Gesamtheit durch eine Gleichstellung mit der SS beleidigt wurden.“

KZ-Gemeinschaft Dachau

An den Herrn Bundespräsidenten und an die Bundesregierung ist am 28. 1. 1965 folgendes Schreiben abgedruckt worden:

„Als in den ersten Gesetzen der jungen österreichischen Demokratie die SS zur verbrecherischen Organisation gestempelt und erklärt worden ist, war dies keine leichtfertige Entscheidung, vielmehr lag dahinter, was außer den Graueiten im Zweiten Weltkrieg — die SS befolgte keine Genfer Konvention — vor allem auch der Umstand, daß von dieser vor 1938 Terrorakte gesetzt worden sind, d.h. Sprengstoffanschläge, Morde usw. am laufenden Bande. SS-Sturmbannführer REDER war in jener Zeit „illegaler SS-Angehöriger“, also Angehöriger der damaligen Terroristen und hat damals bereits Österreich durch seine Flucht und seinen Eintritt in die „Österreichische Legion“ verraten. Daß der SS-Mann REDER nicht aus seiner Haut fahren konnte, sondern seine SS-Gewohnheiten beibehielt, hat er im Krieg bewiesen.

Wir protestieren daher gegen das Verhalten und gegen die Verfügungen der für den Fall REDER Verantwortlichen und stellen fest, daß sadistische Massenmörder keine Ausnahmen genießen und für sie keine wie immer gearteten Ausnahmen gemacht werden dürfen.

Der Fall REDER ist eine manifestierte Solidarität mit einem nat.-soz. Kriegsverbrecher durch Repräsentanten unserer Republik, für deren Wiedergeburt wir die größten Opfer gebracht haben.“

Bund der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol

Der Bund hat in einem Schreiben vom 25. 1. 1965 an die Bundesregierung scharfsten Protest erhoben, weil der „geradezu feierliche Empfang“ durch den Öster. Verteidigungsminister „einer Verhöhnung der Opfer Reders gleichkommt“.

Universität Graz:

Gedenktafel — Textänderung

Im letzten „Freiheitskämpfer“ wurde über die am Nationalfeiertag 1984 in der Aula der Grazer Karl-Franzens-Universität enthüllte Gedenktafel berichtet, deren Inschrift auch auf das Gedenken der „Opfer politischer Willkür 1934—1955“ hinwies.

Massive Proteste der Opferverbände und anderer demokratischer Organisation gegen die Gleichsetzung der hingerichteten und verstorbenen NS-Opfer mit verurteilten NS-Kriegsverbrechern bewirkten, daß der Akademische Senat die Gedenktafel auswechseln ließ. Die Inschrift lautet jetzt: „Im Gedenken an alle Angehörigen der Karl-Franzens-Universität, die seit dem Ersten Weltkrieg in friedlosen Zeiten, in Zeiten ohne Demokratie und Freiheit dem Krieg, dem Haß und der Mißachtung der Menschenrechte zum Opfer gefallen sind.“

Macht vor Recht

(Leserbrief in „Vorarlberger Nachrichten“ am 22. 1. 1985)

Die Österreicher haben es auf die bitterste Weise zu spüren bekommen, wohin es führt, wenn nach dem Grundsatz „Macht vor Recht“ regiert und agiert wird; denn in den Jahren von 1938 bis 1945 hat Adolff Hitler seine Herrschaft über unser Land nicht auf das Recht, sondern auf die Macht gestützt. Österreich ist bekanntlich einer Aggression zum Opfer gefallen, weshalb Hitler bei uns nie rechtmäßig Herrscher war.

Aber auch in einer Demokratie kann ein Staat auf eine tiefere Kulturstufe absinken, wenn auf Teilgebieten die Macht vor das Recht gestellt wird bzw. wenn rechtsstaatliche Grundsätze verletzt werden. So hat z. B. vor mehr als zehn Jahren die damalige Regierung Österreichs mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit die Ungeborenen („nascituri“) ihres absoluten Rechtes auf das Leben beraubt, wenn sie mit der sogenannten „Fristenlösung“ die vorsätzliche Tötung eines Menschen im Mutterleib als nicht strafbar gesetzlich verankert hat; ob ein ungeborener Mensch zwei oder sechs Monate alt ist oder ob ein geborener Mensch zwei oder sechs Jahre alt ist, spielt dabei grundsätzlich keine Rolle, da es sich immer um einen ganzen Menschen handelt.

„Macht vor Recht“ hat jedoch nicht nur in diesem Falle Geltung erhalten, auch im Zusammenhang mit dem im Gebiet von Hainburg geplanten Kraftwerk ist klar erkennbar geworden, daß man auf höchster Ebene an den Erfolg der Macht glaubt und das Recht für zweitrangig gehalten hat. Solange in rechtlicher Hinsicht Zweifel bestehen haben, hätte man nicht mit Polizeieinsatz vorgehen dürfen, also nicht mit Macht vor Recht.

Unser Staatsoberhaupt, Herr Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER, der selbst einmal als Richter aktiv war, hat unverständlich gehandelt, wenn er die bei ihm vorsprechenden Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens mit den Worten verabschiedet hat: „Ich als Bundespräsident stehe eher auf seiten der Regierung, ich habe ihnen nichts anzubieten.“ Und wenn der Herr Bundespräsident bei seiner Neujahrsansprache im Zusammenhang mit „Hainburg“ von der Gefahr einer Selbstauflage des Staates gesprochen hat, so sich die Regierung einem Widerstand beugen würde, ist dem entgegenzuhalten, daß wiederholte Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze zur Selbstauflage eines Staates führen können.

Dr. iur. Josef KECKEIS, Frastanz

Ganzheit — Gleichheit!

Am 8. November 1984 fand im ORF-Landesstudio Salzburg eine Diskussion zum Thema „Wie beginnt menschliches Leben?“ statt. Die Medizinerin Traute BLECHSCHMIDT erklärte dort: „Der Mensch wird nicht zum Menschen, sondern er ist Mensch, seine Persönlichkeit ist von Anbeginn perfekt!“ Sie führte dazu weiter aus, daß der Mensch ab dem Augenblick der Befruchtung „kein ungeordneter Zellaufen“, sondern als Mensch bereits ein Ganzes und daher von Beginn an schutzwürdig sei.

Der Rechtsphilosoph Dr. Erhard MOCK, Universität Salzburg, bezeichnete bei dieser Diskussion den Schutz des entstehenden Lebens als eine Angelegenheit des gesamten Rechtssystems, der Schutz dürfe nicht erst mit der Geburt beginnen. Ausgehend von der „Ganzheitstheorie“ des Menschen wertete Prof. MOCK die Fristenlösung als verfassungswidrig, weil dadurch der Gleichheitsgrundsatz (Artikel 7 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes) verletzt werde.

Vor einigen Tagen konnte man in einer Zeitschrift lesen, daß der amerikanische Arzt Dr. NATHANSON, der zuge-

gebenmaßen mit eigenen Händen 5000mal abgetrieben hatte, mit Kameraden, also mit Hilfe von modernsten technischen Geräten, auf dem Bildschirm im Mutterleib gesehen habe, wie das Baby vor den Abtreibungsinstrumenten zurückweiche, strample, mit den Ärmchen um sich schlage und den Mund öffne zu einem stummen Schrei, während es angegriffen und zerstückelt werde. Dieser Arzt habe daraufhin erklärt: „Ich tue es nie wieder, weil Abtreibung Mord ist.“ Wenn man all dies hört oder liest, und wenn man weiß, daß in den Nachbarstaaten und zwar in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und, gemäß dem Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch, auch im Fürstentum Liechtenstein die Fristenlösung abgelehnt und die Strafbarkeit der Abtreibung grundsätzlich beibehalten wird, stellt sich von selbst die Frage, wieso man in Österreich nicht zur Erkenntnis kommt, daß jene Entscheidung unseres Verfassungsgerichtshofes, mit der die Fristenlösung für verfassungskonform erklärt wurde, ein krasser und folgenreicherer Justizirrtum war!

Richter Dr. Josef KECKEIS, Frastanz

Soll ich mich jetzt steuerbegünstigt versichern?



Oder soll ich mit hohen Zinsen sparen?



Beides. Mit der neuen 100% Vorsorge.

Holen Sie sich die ausführliche Broschüre „100%-Vorsorge“ in der nächsten HYPO-Bank.



Oder rufen Sie an: 2201-33000 (kostenlos) die Broschüre profitiert kostenlos. EISENSTADT, (0 2642) 32 95

HYPO BANK
Unsere Landesbank

Widerstandsgruppe Mayer — Messner — Caldonazzi

Im Rot-Weiß-Rot-Buch, Wien 1946, wird das Urteil des Volksgerichtshofes, S. Senat, gegen DDR, Heinrich MAYER und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf Grund der Hauptverhandlung vom 27. und 28. Oktober 1944 wiedergegeben. Auszugsweise hat es gelautet:

Im Namen des deutschen Volkes! In der Strafsache gegen

1. den Kaplan Dr. phil. Dr. theol. Heinrich Mayer aus Wien XVIII., geboren am 16. Februar 1908 in Groß-Weikersdorf,

2. den Fabrikdirektor Dr. Theodor L. aus Wien XXI., geboren am 1. April 1880 in Wien,

3. den Revieroberwachmeister der Schutzpolizei Andreas Hofer aus Wien XXX., geboren am 24. August 1915 in Innsbruck,

4. den Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter Caldonazzi aus Wien XVIII., geboren am 4. Juni 1916 in Mallen, Tirol,

5. den Sanitätsgemeinlichen, früheren Mediziner Josef Wyhnal aus Wien I., geboren am 22. Februar 1903 in Wien,

6. den Oberschützen, früheren cand. Dipl.-Ing. Hermann Klepfil aus Wien XVIII., geboren am 19. Juni 1918 in Wien,

7. den Obergefreiten, früheren Studenten Dr. phil. Wilhelm Ritsch aus Wien VII., geboren am 15. Februar 1915 in Brez (Triest),

8. den Rechtsanwaltsanwärter Dr. Karl F. aus Wien IV., geboren am 18. September 1912 in Dornbirn,

9. den Generaldirektor Dr. Franz Josef Messner aus Wien XVIII., geboren am 8. Dezember 1896 in Brixlegg,

10. den Gerichtsassessor, jetzt Unteroffizier Dr. iur. Clemens von Pausinger aus Wien VII., geboren am 5. Juli 1908 in Esterrogat, Bretagne, sämtliche Angeklagte in Schutzhaft, hat der Volksgerichtshof für Recht erkannt:

I. Die Angeklagten haben in den Alpen- und Donaugauen, vornehmlich in Wien, sowie teilweise im Auslande in den Jahren 1942 bis 1944 durch Beteiligung an einem separatistischen Zusammenschluß den Hochverrat vorbereitet und dadurch die Feinde unseres Reiches begünstigt. Dabei haben Ritsch und Pausinger auch staatsfeindliche Flugblätter hergestellt, Mayer und Messner haben auch Verbindungen zum feindlichen Ausland aufgenommen und dieses auf deutsche Rüstungswerke zum Zwecke des Luftbombardements hingewiesen. Der Angeklagte Wyhnal hat Angehörigen der Wehrmacht und Schutzpolizei Mittel verschafft oder bei ihnen angewendet, um diese wenigstens zeitweise

für den Kriegseinsatz untauglich zu machen.

Wyhnal, Klepfil, Hofer und Ritsch haben versucht, französischen Kriegsgefangenen beziehungsweise einem deutschen Soldaten zur Flucht über die Reichsgrenze ins Ausland zu verhelfen.

L. hat dem Angeklagten Mayer zu dessen hochverräterischen Umtrieben Hilfe geleistet.

II. Daß F. in Kenntnis von den hochverräterischen Zielen des Mitangeklagten Ritsch diesem eine Schreibmaschine zur Verfügung gestellt hat, konnte nicht ausreichend nachgewiesen werden. Er wird deshalb freigesprochen.

III. Es werden verurteilt: Die Angeklagten Mayer, Hofer, Caldonazzi, Wyhnal, Klepfil, Ritsch, Messner und Pausinger zum Tode und zum Ehrenrechtsverlust auf Lebenszeit, der Angeklagte L. zu zehn Jahren Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust auf die gleiche Zeitdauer.

Der Kaplan Dr. Heinrich Mayer wurde am 22. März 1945 im Wiener Landesgericht hingerichtet, der Polizist Andreas Hofer zu Anfang des Jahres 1945, der Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter Caldonazzi am 9. Jänner 1945 im Wiener Landesgericht, der Student

Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs

Während des Kriegs bewirkte in Kärnten der Direktor der St.-Josefs-Buchbrüderschaft von Klagenfurt, Dr. Anton GRANIG, Geistlicher, am 17. September 1905 in Mitten/Mölltal geboren, den Zusammenschluß von österreichischen Freiheitskämpfern, größtenteils ehemalige Sturmschärfer, und organisierte die „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs“, die sich bald darauf auch auf die Bundesländer Tirol, Wien und Burgenland ausbreitete. Im Jahr 1943 wurde diese Organisation aufgedeckt und ihre bekannten Mitglieder wurden Blutopter für Österreichs Freiheitskampf, im Tagesbericht der Gestapo Wien Nr. 8 vom 24. bis 26. 8. 1943 wird vermerkt: Am 23. August 1943 wurden wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat der Guardian und Kirchenrektor Dr. Wilhelm PIELLER, Ordensname „Johannes Capistran“, 30. 9. 1891 in Wien geboren, in Eisenstadt, Haydnasse 31 wohnhaft, und der Franziskanerpater Karl STAUDACHER, Ordensname „Pater Hartmann“, 6. 1. 1901 in Ranken geboren, Wien — Maria Enzersdorf, Franziska-

Josef Wyhnal am 22. März 1945 in Wien, der cand. techn. Hermann Klepfil ebenfalls am 22. März 1945 in Wien, der cand. phil. Wilhelm Ritsch Anfang 1945, der Semperit-Generaldirektor Dr. Franz Josef Messner am 23. April 1945 im KZ Mauthausen und Dr. Clemens von Pausinger überlebte die NS-Herrschaft einige Jahre.

Der junge katholische Geistliche und CVier Kaplan Dr. Heinrich Mayer hat vor dem Kriege wiederholt Westeurope bereist und vor allem in der Schweiz und in Frankreich Freunde gehabt. Schon im Frühjahr 1940 tritt er mit der NS-Opposition in deutschen Gewerkschaftskreisen in Verbindung. Er ist von der Aufgabe beseelt, als Geistlicher seinem Volk vorzuleben und erwägt die Möglichkeiten eines politischen Umsturzes in Hitlerdeutschland. Seit 1941 arbeitet er mit dem Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter Caldonazzi intensiv zusammen, der selbst eine etwa 200 Personen umfassende katholisch-monarchistische Gruppe im Untergrund leitet. Über den cand. techn. Hermann Klepfil gelingt eine Verbindung zu sozialistischen Kreisen. Diese Österreicher haben schon frühzeitig einen Beitrag zu Österreichs Befreiung geleistet und haben Freiheit und Leben riskiert und geopfert! Auch diesen NS-Opfern soll im Gedenkjahr 1945 eine nachträgliche Ehrung zuteil werden!

nerkloster wohnhaft, festgenommen. Dr. PIELLER hat die Bestrebungen der „Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs“ unterstützt und dieser Organisation Geld und zwei Pistolen nebst Munition zur Verfügung gestellt. Er ist geständig.

Pater STAUDACHER förderte die staatsfeindliche Organisation durch Geldunterstützungen und leugnet es noch trotz Gegenüberstellung mit einem Belastungszeugen.

Die Genannten hielten in der besagten Angelegenheit, auch die Verbindung mit dem am 6. Juli 1943 festgenommenen Provinzial der ostmärkischen Franziskanerprovinz, Dr. Eduard STEINWENDER, Ordensname „Angelus“, aufrecht.

Vom 9. bis 11. 8. 1944 fand vor dem Volksgerichtshof in Berlin die Hauptverhandlung gegen DDR, Wilhelm PIELLER und zwölf andere statt. Angeklagt waren:

Eduard PUMPERNIG, Fliegersoldat, ehem. Kleriker, OFM, Klagenfurt, Dr. Anton GRANIG, Direktor, Klagenfurt,

Wenzel PRIMOSCH, Soldat, Klagenfurt,
 Franz STOPPACHER, Oberfeldwebel, Klagenfurt,
 Ernst ORTNER, Unteroffizier, Klagenfurt,
 Karl KRUMPL, ehem. Landtagsabg., Klagenfurt,
 Dr. Eduard (P. Angelus) STEINWENDER, Wien,
 DDDr. Wilhelm (Joh. Cap.) PIELLER, Eisenstadt,
 Franz BERNTHALER, Oberlehrer, Klagenfurt,
 Georg KOFLER, Gend. Rev. Insp. I. R., Klagenfurt,
 Dr. P. Ferdinand FRODL, SJ, Theol.-Prof., St. Georgen am Längsee,
 Sophie JÖRGL, Privatangestellte, Klagenfurt,
 Karl (P. Hartmann) STAUDACHER, Wien — Maria Enzersdorf.
 Es wurden verurteilt:
 GRANIG, PRIMOSCH, ORTNER, KRUMPL, STEINWENDER, PIELLER, BERNTHALER und KOFLER zum Tode, PUMPERNIG zu 10 Jahren Zuchthaus, STOPPACHER und JÖRGL zu 6 Jahren Zuchthaus und FRODL zu 3 Jahren Gefängnis. STAUDACHER wurde freigesprochen.
 Als Todestage sind dokumentiert:
 Dr. Anton GRANIG, P. Dr. Eduard

STEINWENDER, P. DDDr. Wilhelm PIELLER, Franz BERNTHALER und Georg KOFLER am 15. April 1945 in Stein/Krems hingerichtet; Wenzel PRIMOSCH, Ernst ORTNER und Karl KRUMPL am 22. März 1945 in Wien hingerichtet.

Diesen Blutzugehörigen für Österreichs Freiheitskampf, die die Befreiung vom NS-Joch nicht mehr erleben konnten, wollen wir 40 Jahre nach ihrem Opferdort in schuldiger Ehrfurcht ein Gedenken widmen!
 Niemals vergessen!

ÖCV: Verfolgte und Widerstand

Über die Gegensätze der Männer des Cartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen Österreichs — als ÖCV bekannt — zur nationalsozialistischen Bewegung vor der Hitler-Annexion 1938 hat unser verstorbenen Kamerad Hofrat Dr. Ludwig MOHR mehrere ausführliche Publikationen verfaßt. Auch über die Schicksale von ÖCVern in „Österreichs dunkelster Zeit“ von 1938 bis 1945 durch Maßregelungen, Existenzschädigungen, Haft in Gefängnissen und in Konzentrationslagern sowie durch Tod in der Haft und durch Hinrichtungen liegen mehrere Veröffentlichungen von MOHR noch teilweise auf. Im Gedenkjahr 1985 soll nun diese Zusammenfassung mit einigen Ergänzungen die sehr bekannten, weniger bekannten und auch unbekanntem NS-Opfer aus den Verbindungen des ÖCV würdigen.

Totentafel (mit Kurzformel der Verbindung)
 Im Freiheitskampf für Österreich haben ihr Leben hingegeben:
 DOLLFUSS Engelbert, F-B
 BERNEGGER Ludwig, Kb
 BIACK Karl, Nc
 CALDONAZZI Walter, Am
 DEUTSCH Franz, NdW
 GRUBER Johannes, Nc
 HABEL Ferdinand, BbW
 HABEL Werner, NdW/Dan
 HORHAGER Adolf, Aln
 KEMPTNER Otto, F-B
 KRAJNC Walter, Vi
 KRZMAR Karl, BcW
 MAYER Heinrich, Nbw
 MOOSLECHNER Ludwig, Aln
 PIELLER Wilh. (Joh. Cap.), Ci
 PUHRINGER Heinrich, A-W
 REINISCH Franz, Le
 SEYWARD Franz, A-W

Spitzenklasse

Die Mehrbereichsöle Aral Super LL und Aral Super Elastic präsentieren sich als die Spitzenmotoröle für den Motor Ihres Wagens. Das Leichtlauf Motoröl Aral Super LL verringert zusätzlich durch seine spezifischen Leichtlauf-eigenschaften die Reibungsverluste im Motor und hilft damit Benzin sparen — für mehr Kilometer.
 Aral Motoröle für alle Jahreszeiten und für ein langes Motorleben. Die Qualitätsmotoröle von Aral führen nur Tankstellen und viele Kfz-Werkstätten.

„MARTHA“ ERDÖL GESELLSCHAFT M.B.H.

SINZ Hermann, AIn
 STEIDLE Richard, AIn
 SYLVESTER Hans, BbW
 ZESSNER-SPITZENBERG Hans, NöW
 „Ich hat' einen Kameraden, einen
 bess'ren find'st Du mit!“

Dachau-Häftlinge

Die Reihenfolge der Einlieferung ist in dieser Liste maßgebend. Die akademischen Grade sowie die früheren und späteren Funktionsbezeichnungen dieser CVer aus verschiedenen Verbindungen werden weggelassen:

FIGL Leopold
 HURDES Felix
 SCHMITZ Richard
 BICK Josef
 GORBACH Alfons
 KIMMEL Josef
 DWORSCHAK Engelbert
 KLOSS Rudolf
 ZEDERBAUER Emmerich
 SCHMITTNER Paul
 BOCK Fritz
 ECKERT Fritz
 PULTAR Walter
 PULTAR Herbert
 MOHR Ludwig
 GLEISSNER Heinrich
 WERNER Gustav
 KNOLL Julius
 TSCHURTSCHENTHALER Ignaz
 FUNDER Friedrich
 GRAF Ferdinand
 WIDMANN Anton
 PICHLER Josef
 KERN Felix
 STRAUB Eduard
 PERNTNER Hans
 STEPAN Karl Maria
 MÖRL Anton
 STEINWENDER Leonhard
 ZESSNER-SPITZENBERG Hans
 GAMPER Hans
 KNECHT Alois

Buchenwald-Häftlinge

Hievon sind als CVer bekannt:
 KÄFER Hermann
 STEIDLE Richard
 STEINWENDER Leonhard
 VOGELSGANG Johann
 KLOTZ Anton

Besitzer von Befreiungs-Ehrenzeichen

Für Verdienste um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch aktiven politischen Widerstand wurde mit dem Bundesgesetz vom 27. Jänner 1976 das „Befreiungs-Ehrenzeichen“ geschaffen und vom Bundespräsidenten verliehen. Nach der Zugehörigkeit zu einer ÖCV-Verbindung (alphabetisch geordnet) sind bisher folgende Ausgewählte bekannt:

KÖHV Alpenland, Wien (Alp): HR i. R. Dr. Josef BISCHOF
KÖHV Alpina, Innsbruck (Alin): Mag. Dr. Dr. Herbert GLASER, Univ.-Prof.

Dr. Eduard GRÜNEWALD.
KÖHV Amelungia, Wien (Am): Ao. Ges. Doz. DDr. Robert PRANTNER, Sekt.-Chef i. R. Dipl.-Ing. Rudolf KLOSS, Dipl.-Ing. Walter CALDONAZZI (post-hum)

AV Austria-Innsbruck (AIn): OMedR Dr. Franz ZWEIMÜLLER, Dr. Rudolf WEBER, Univ.-Prof. Dr. Anton HITZMAIR, Gymn.-Dir. HR Dr. Walter SCHWARZER, Dr. Ludwig STEINER.

KÖHV Austria-Wien (AW): Attaché Dr. Franz PARAK, Dr. Gottfried LERCH, Ing. Dr. Karl GRUBER.

KaV Austro-Pannonia, Wien (A-P): Dr. Alois HAZIVAR, HR Dipl.-Ing. Franz STROBL.

KÖHV Babenberg-Graz (BbG): WHR Dr. Herbert GOTTL, WHR i. R. Dr. Carl SWECENY, OSIR. Prof. Dr. Jaroslav WENKO.

KHV Babenberg-Wien (BbW): Dr. Julius KNOLL.

KaV Bajavaria, Wien (Ba): WHR i. R. Dktm. Heinrich PAWLJK, Sekt.-Chef i. R. Dr. Eduard CHALOUKPA, Msgr. HR Karl FUCHS.

KÖHV Carolina, Graz (Cl): Primarius i. R. HR Dr. Karl GUSENLEITNER, WHR. i. R. Dr. Karl HACKER, WHR i. R. Dr. Arthur TRATTLER, Konsul Walter KAMSCHAL.

KaV Danubia Wien-Klosterneuburg (Dan): RH-Vizepräsident. Dktm. Dr. Josef MARSCHALL, Msgr. Propst Dr. Anton M. PICHLER, WHR i. R. Dr. Leopold BUCHSBAUM.

KÖHV Kürnberg, Wien (Kb): HR Ulrich SATTLER, Gymn.-Dir. i. R. Dr. Sylvester HOFBAUER.

KÖHV Leopoldina, Innsbruck (Le): Richter Dr. Josef KECKEIS, Pfarrer i. R. Alois KNECHT.

KaV Marco-Danubia, Wien (M-D): HR i. R. Dr. Guido BIALORUSKY.

KÖHV Mercuria-Wien (Mer): Dr. Kurt FRAGNER, Dktm. Dr. Egon ZIMMEL.

KÖHV Nibelungia-Wien (NöW): WHR i. R. Dr. Simon DOLLENZ, Sekt.-Chef i. R. Dr. Johann VOGELSGANG, Univ.-Prof. DDr. Hans ZESSNER-SPITZENBERG, BMin. a. D. Dr. Felix HURDES, Univ.-Prof. Dr. Hubert BRAUNSTEINER.

KÖHV Nordgau-Wien (NöW): HR Dr. Walter URBARZ, Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, Dr. Arthur LANC, Geistl. Rektor i. R. HR Heinrich ZEDER, HR Dr. W. A. BEZA.

KaV Norica, Wien (No): Sekt.-Chef i. R. Dr. Erich PULTAR, HR Hermann STUDZINSKY, HR Alois DÖTTLING, NR-Präs. BK BMLH a. D. Dipl.-Ing. Dr. h. c. Leopold FIGL, emer. Univ.-Prof. DDr. Wilhelm PLOCHL, Dr. Walter PULTAR, LsADir. i. R. Dr. Hans VANURA, Dr. Karl BLACK, Min.-Rat Mag. Karl LAGER.

KÖHV Pannonia, Wien (Pan): Sekt.-Chef i. R. Dr. Albert MARKOVICS, OFPat Mag. Dr. Josef WINDISCH,

OMedR. Dr. Alfred ALT, LAbg. GemR. a. D. Dr. Ferdinand HABL.

ÖksV Rhaeto-Danubia-Wien (RI-D): ORegR. Dr. Walter RESCH.

KÖHV Rudolfinia-Wien (Rd): VwGH-Vizepräsident. Dr. Hubert JURASEK, Gend-Gen. i. R. Dr. Josef KIMMEL.

KÖHV Rugia, Wien (Rg): Notar Dr. Franz KÜGLER, WHR i. R. Dr. Ludwig MOHR.

K. a. V. Saxo-Bavaria, Wien (S-B): LH Dr. Heinrich GLEISSNER.

KÖSV Traungau, Graz (Trn): RA i. R. Dr. Max RICCABONA, Ding. Max WÖCHINZ, SR Dr. Thomas WEISS.

A. V. Vindelicia, Innsbruck (V): LHStv. Prof. Dr. Hans GAMPER, Prof. Dr. Walter WAITZ.

KHV Weillia, Klosterneuburg (Wi): HR Dr. Karl SMEKAL, WHR i. R. Dr. Alois KEMER.

Dieses Verzeichnis enthält auch post-hume Verleihungen mit Überrechnungen an Angehörige. Viele NS-Opfer haben aber die späte Schaffung des Befreiungs-Ehrenzeichens nicht mehr erlebt oder keine Hinterbliebenen, die antragsberechtigt sind und es übernehmen können. Einige Verleihungsvorschläge durch die Opferverbände sind noch im umständlichen Abklärungsunterwegs und daher unberücksichtigt. Ein Fristablauf für Vorschläge besteht nicht!

CVer im NS-Widerstand

1. Österreichische Freiheitsbewegung (Scholz — Ledener — Kastelic)

In dieser bereits legendären Bewegung, die 1940 von der Gestapo nach Verrat ausgehoben wurde, wirkten nachweislich folgende CVer mit:
 SMEKAL Karl, Wi — ZEDER Heinrich, NöW — URBARZ Walter, NöW — SCHLEIFER Kurt, AW — HRADIL Alois, Wi — ZIEGLER Heribert, Wi.

2. Österreichische Volksbewegung:

Im Herbst 1938 begannen Mitglieder von Wiener CV- und MKV-Verbindungen mit der Bildung dieser Widerstandsgruppe, aus der später eine Partei werden sollte. In der Nacht vom 27. zum 28. Jänner 1939 in Wien verhaftete die Gestapo sechs führende Aktivisten wegen staatsfeindlicher Betätigung:

HABL Ferdinand, Pan — ALT Alfred, Pan — BISCHOF Josef, Alp — PAUKOWITSCH Johann, Alp — KESSLER Josef, Pan — HANDSCHUR Josef, Pan.

Diese Gruppe von CVern hatte auch Kontakte zu Bediensteten in Magistratsdienststellen aufgenommen. Durch Militärdienst und Versetzungen wurden die Kontakte zeitweise lockerer, aber bestehend. Einige davon, wie Dr. Ferdinand HABL mit seinen Verbindungen zu Major Carl SZOKOLL und Oberfeldwebel Ferdinand KAS vom internationalen Widerstand, waren

ÖVP-Vorkämpfer und Mitgründer im April 1945.

3. Gruppe Mayer — Messner — Caldonazzi

Der Wiener Kaplan DDr. Heinrich MAYER, NBW, kontaktierte schon im Frühjahr 1940 mit deutschen Gewerkschaftern im Untergrund. Während seinen vielen Reisen nach Westeuropa hatte er viele Freunde gewonnen, die in den Studentenverbänden und auch in der Wirtschaft leitende Funktionen ausübten.

Ab 1942 sammelte er in Wien-Währing NS-Opfer um sich und organisierte einen immer intensiver werdenden aktiven Widerstand. Seit 1943 arbeitete er auch mit dem Forstingenieur Dipl.-Ing. Walter CALDONAZZI, Am, zusammen, der selbst eine Widerstandsgruppe katholischer und monarchistischer Gesinnung gebildet hatte.

Der Volkgerichtshof verhängte am 28. Oktober 1944 acht Todesurteile gegen Mitglieder dieser Gruppe und in abgesonderten Verfahren noch langjährige Freiheitsstrafen. DDr. Heinrich MAYER, NBW, wurde am 22. März 1945 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Dipl.-Ing. Walter CALDONAZZI, Am, wurde am 9. Jänner 1945 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

4. Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs

In Kärnten bildete sich im Krieg um den Kleriker Direktor Dr. Anton GRANIG eine Organisation von Freiheitskämpfern, die sich den Namen „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs“ wählte, bald auch verzweigt auf Tirol, Wien und Burgenland. Die Leitung bestand vorwiegend aus Franziskanern und ehemaligen Sturmschäfern.

Im Sommer 1943 hob die Gestapo diese Bewegung aus. Im August 1944 fand die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof in Berlin statt, der acht Todesurteile und mehrjährige Freiheitsstrafen verhängte. DDr. Wilhelm PIELLER, OI, OFM-Ordensname Johannes Capistran, wurde am 15. April 1945 in Stein a. d. Donau erschossen.

5. Österreichische Bewegung (Gruppe um Friedrich Theiss)

Schon in den Märztagen 1938 schlossen sich in Wien Burschen und Mädchen aus katholischen Vereinen und Kongregationen zusammen und planten die Mitwirkung an der Loslösung der „Osmark“ vom einheitlichen Reichsverbande. Einige davon wurden auch bei der Demonstration der Jugend am 7. Oktober 1938 im und vor dem Stephansdom für die Gestapo „aufträglich“. In den Gerichtsakten scheinen die CVer auf: DOTTLING Alois, Nc — WINDISCH Josef, Pan,

6. Gruppe Roßau

Auch schon in den turbulenten Märztagen 1938 waren Akademiker und Studenten dieser Wiener Gruppe zum bewaffneten Widerstand gegen Hitlers angedrohten Einmarsch in Österreich bereit, mußten resignieren und wirkten dann im Untergrund verschiedenorts intensiv weiter. Dazu gehörte führend: Dkfm. Dr. Josef MARSCHALL, Dan.

7. Wiener Gruppe Dr. Karl Gruber

Seit 1938 war Ing. Dr. Karl GRUBER, AW, der spätere Außenminister, mit Dipl.-Ing. Otto NOBIS, AW, im Widerstand tätig. Sie kontaktierten mit anderen Gesinnungsgenossen, auch an den Arbeitsplätzen außerhalb Wiens und im „Altreich“.

8. ÖVP-Vorkämpfer

Ab dem Sommer 1943 trafen Dr. Felix HURDES, NBW, ein entlassener KZler, und Alois WEINBERGER, Christgewerkschafter, mit dem alten christlich-sozialen Arbeiterführer und Parlamentarier Leopold KUNSCHAK, Nc, und auch im Kontakt mit Dipl.-Ing. Leopold FIGL, Nc, als Bauernführer, sowie mit Ing. Julius RAAB, Nc, als Unternehmer bzw. Wirtschaftsfunktionär Vorbereitungen für einen Umsturz und zur Errichtung eines demokratischen Österreichs mit einem Mehrparteiensystem. WEINBERGER schrieb nach 1945 viel darüber.

9. Tiroler Widerstandsgruppen

Dem Ex-Landesrat Dr. Hans GAMPER, A. V. Vindicial/Innsbruck, gelang im Herbst 1944 der Zusammenschluß der zivilen Widerstandsgruppen in und um Innsbruck. Er arbeitete auch mit den militärischen Widerstandsgruppen und mit der Tiroler POEN, die Univ.-Prof. Dr. Eduard REUTNICOLLISSI, Ain, leitete, zusammen. Im Frühjahr 1945 kam Ing. Dr. Karl GRUBER, AW, nach Innsbruck, wurde als gemeinsamer Leiter des Widerstandes anerkannt und organisierte den legendären und erfolgreichen Freiheitskampf in Innsbruck. Als Landeshauptmann im selbstbefreiten Innsbruck konnte er die heranrückenden US-Truppen im rot-weiß-rot beflaggen Innsbruck begrüßen. Die Literatur der Brüder Otto und Fritz MOLDEN sowie des Autors Dr. Karl GRUBER schildert diese Organisationen und die Kämpfe um die Freiheit.

10. Widerstandsbewegung „O 5“

Im März 1945 verbündete sich vorwiegend im Wiener Raum die zivile Widerstandsorganisation POEN mit dem militärischen Widerstand um Major SZOKOLL zur „O 5“. Diese stellte Kampftroops auf und säuberte auch mit Waffengewalt Stadtteile Wiens von abziehenden SS-Verbänden. CVer in leitenden Funktionen sind da nicht hervorzugetreten. Nach der Wiedererrichtung

der politischen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ übernehmen deren Funktionäre die Regierungsposten und die Verwaltungsstellen, unter Einschränkung durch die Sowjetbesatzung. Die „O 5“ in Wien wurde aufgelöst. Eine Ableitung dieses Symbols „O 5“ vom Symbol „O 5“ des CV wurde schon behauptet, war aber laut Dr. Hans BECKER, dem Leiter der POEN, nicht beachtigt und ist daher nicht schlüssig.

11. Einzelkämpfer aus dem CV

In unzähligen und selten aufgezeichneten Fällen erwiesen sich CVer während der Verbotszeit von 1938 bis 1945 ihrer Weltanschauung getreu. Die Kontakte der Mitglieder der Verbindungen und des Verbandes erflohen nie. In Ämtern und in Privatleuten tätige CVer leisteten auch Außenstehenden in Notsituationen unter der NS-Herrschaft tatkräftige Hilfe. Sie unterstützten auch rassistisch Verfolgte bei ihrer Flucht ins Ausland. Sie waren auch der Bevölkerung in den besetzten Gebieten als Soldaten behilflich. Die Mitarbeit in der belgischen und französischen Résistance ist mehrfach dokumentiert und forderte auch Opfer.

Dkfm. Dr. Josef MARSCHALL, Dan, unterstützte den tschechischen Widerstand, half jüdischen Flüchtlingen beim Vermögenstransfer, kooperierte mit der belgischen „Weißen Brigade“ und der französischen Résistance. Pater Franz REINISCH, La, verweigerte aus Gewissensgründen den Soldateneid auf Hitler: „Man darf diesem Verbrecher keinen Eid leisten.“ Er wurde am 21. 8. 1942 in Berlin hingerichtet.

Dr. Walter KRAJNC, Vc, ein Tiroler Jurist, stand als Funker der Wehrmacht mit der französischen Résistance in Verbindung. Er verweigerte die Mitwirkung in einem Erschießungskommando in Südfrankreich und tief noch bei seiner Hinrichtung am 29. 7. 1944: „Es lebe Österreich, es lebe die Freiheit!“ Dr. Johannes GRUBER, Nc, Geistlicher und Direktor des Privat-Blindeninstituts Linz-Urfahr, war wegen seines Verhaltens als politischer Häftling im KZ Mauthausen-Gusen. Als Pfleger im Revier beschaffte er illegal Medikamente für kranke, geistliche Mithäftlinge, organisierte im KZ die systematische Betreuung von Kindern und Jugendlichen und informierte in Kasseibern die Außenwelt über die Zustände im KZ. Nach wochenlangem Aufenthalt im Lagerarrest und wiederholten schweren Mißhandlungen wurde Dr. GRUBER am 7. 4. 1944 vom SS-Lagerkommandanten SEIDLER durch Messerstücke getötet.

Gedenkstätten für CVer

Für im österreichischen Freiheitskampf von 1938 bis 1945 durch den D

NS-Terror gefallene ÖVer sind im Buch „Die Steine reden“ als Gedenkstätten verzeichnet:

Bennecker Dr. Ludwig, Pol. Koär: Gedenktafel in der Polizeidirektion Linz.
 Black Dr. Karl, Pol. Ob. Koär: Gedenktafel in der Polizeidirektion Salzburg.
 Goldonazzi Dipl.-Ing. Walter: Gedenktafel im Wiener Landesgericht, Grab im Friedhof Wien-Mauer.

Mayer DDr. Heinrich: Gedenktafel im Wiener Landesgericht und im Stephansdom — Prinz-Eugen-Kapelle.

Das „Mauthausen-Fenster“ in der Wiener Votivkirche, gestiftet von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, zeigt einen Priester, der Beichte abhört. Er trägt die Gesichtszüge des Kaplans Heinrich Mayer.

Mooslehner Ludwig: Gedenktafel im Friedhof von Deutschlandsberg/Steiermark.

Reinisch Franz: Gedenktafel im Stift Stams/Tirol.

Sylvester Dipl.-Ing. Hans: Gedenktafel am Geburtshaus in Nickelsdorf/Burgenland.

Zessner-Spitzenberg DDr. Hans: Eine Wohnhausanlage in Wien 14, Satzberggasse, ist nach ihm benannt. Gedenktafel in Wien 18, Pfarrkirche Kaastraben.

Ehrung und Würdigung

Die überwiegende Mehrheit der in dieser Abhandlung genannten standesfesten Männer aus dem ÖCV weilt nicht mehr unter uns. Viele davon sind in der Haft oder an Haftfolgen umgekommen. Diese Verstorbenen verdienen im höchsten Grad die Würdigung ihres opferbeurteilten und heldenhaften Einsatzes für Österreich ihrer Weltanschauung wegen. Aber auch die Überlebenden sollen ihres Einsatzes wegen geehrt und gewürdigt werden. Für diesen Beitrag zur Befreiung Österreichs von der totalitären NS-Gewaltherrschaft ist die offizielle Ehrung bisher nicht angemessen genug gewesen, doch darauf hat damals keiner jeweils gerechnet. Der Dank des Vaterlandes soll aber 1985 die NS-Opfer noch erreichen und zumindest laut ausgesprochen werden!

Anmerkung der Redaktion:

Der „Österreichische Verein für Studentengeschichte“ in 1130 Wien, Tuerasgasse 21, Vorsitzender Landtagsdirektor Dr. Peter KRAUSE, sucht Biographien und Erlebnisberichte von Mitgliedern des ÖCV oder MKV im NS-Widerstand. Auch die Veröffentlichungen im „Freiheitskämpfer“ werden für die geplante Publikation ausgewertet. Etwas diesbezügliche Zuschriften können auch an die Redaktion des „Freiheitskämpfers“ zur Auswertung und Weiterleitung eingesandt werden. Um rasge Teilnahme wird gebeten!

Dr. Josef WINDISCH

Ein Denkmal am Kreuzberg in Klagenfurt

In Klagenfurt befindet sich eine Gedächtnisstätte besonderer Art, die man nirgends auf der Welt finden wird. Ein dreihundert Jahre alter Kreuzweg Christi wurde mit der Zeitgeschichte verbunden, und zwar so, daß die Passion immer im Vordergrund blieb. Jede der 14 Stationen ist dem Gedächtnis einer bestimmten Gruppe von Kriegsgespielen gewidmet, die mit der thematisch vorgezeichneten Leidensgeschichte in Beziehung gebracht wurde. Die Ausführung erfolgte in Mosaik. An der Errichtung dieses Denkmals haben sich Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft, Landesgruppe Kärnten, in hervorragender Weise beteiligt. Die Station 1 ist auch den politisch Verfolgten zugeordnet. Es lohnt sich, bei einem Besuch in Klagenfurt, diese Anlage zu besichtigen.

Die Stationskapellen:

I. CHRISTUS VOR PILATUS

Die Stationskapelle ist den unschuldig Verurteilten gewidmet. Bildsymbol: das Kerkerfenster.

II. KREUZAUFNAHME

Eine Hausruine im Hintergrund steht als Symbol für die Kriegsoffer in der Heimat.

III. ERSTER FALL UNTER DEM KREUZ

Gewidmet den auf den Schlachtfeldern Gefallenen. Durch Stahlhelm und Spaten im Bild wird die Beziehung zum Kriegsgeschehen hergestellt.

IV. BEGEGNUNG MIT DER MUTTER

Die Leiden der Mütter in den großen Kriegen sind versinnbildlicht durch die MATER DOLOROSA.

V. SIMON, DER MITTRÄGER DES KREUZES

Symbolisiert in seiner mitleidenden Geste die Opfer soldatischen Samari-terdienstes.

VI. VERONIKA MIT DEM SCHWEISSTUCH

Steht als Sinnbild mitleidiger Liebe und tatkräftigen Opfers eines der Pflegschwärmern im Kriege.

VII. ZWEITER FALL UNTER DEM KREUZ

Der zweite, tiefere Fall weist mit dem Leuchtturm im Hintergrund des Bildes auf die in den Weltmeeren Untergangenen.

VIII. BEGEGNUNG MIT DEN FRAUEN

Den Kindern, die dem Krieg zum Opfer fielen, gewidmet.

IX. DRITTER FALL UNTER DEM KREUZ

Der tiefste Fall: die Scheinwerferbündel am nächtlichen Himmel erinnern an die Opfer des Luftkrieges.

X. KLEIDERBERAUBUNG

Gewidmet den im Kriege ihrer Habe und Heimat Beraubten. Motiv: ein brennendes Haus.

XI. KREUZIGUNG

Den Opfern der Kriegsgefangenschaft gewidmet. Bildlicher Hinweis: Stachel-draht im Hintergrund.

EISENSTÄDTER BANK
 AKTIEGESELLSCHAFT

EISENSTADT, Hauptstr. 31
 RUST, Hauptstr. 6
 NEUFELD a.d. LÉTHA, Hauptstr. 55
 OBERWART, Wiener Str. 41
 FRAUENKIRCHEN, Franziskanerstr. 21
 mit PODERSDORF, Seest. 88
 OBERPULLENDORF, Hauptstr. 69

DAS SYMPATHISCHE GELDINSTITUT

XII. TOD AM KREUZ

Den Opfern priesterlichen Frontstandes gewidmet. Eine zerstörte Kathedrale als dunkler Hintergrund des Kreuzes.

XIII. DER TOTE SOHN IM SCHOSSE DER MUTTER

Am Kreuzesstamm lehnt die Gestalt

des Unbekannten Soldaten, dem die Station gewidmet ist.

XIV. GRABLEGUNG

Die Widmung „An alle Kriegsoffer der Welt“, versinnbildlicht durch die vielen Grabkreuze über dem Grabe des Welterlösers.

Tagung der Alpe-Adria-Widerstandskämpfer in Graz

Am 3. November 1984 fand in Graz die Tagung der Alpe-Adria-Widerstandskämpfer statt, an der als Delegierte der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, Landesverband Kärnten, der Landesobmann W. Holirak I. R. Dr. Carl Sveceny und Landesobmannstellvertreter Reg.-Rat Ing. Jaritz teilgenommen haben. Diese Tagung findet jedes Jahr in einem anderen Land statt. Teilgenommen haben weiters Vertreter aus Friaul, Julisch-Venetien, Kroatien, Slowenien, Steiermark und Kärnten. Nach einer Kranzniederlegung am imposanten Internationalen Mahnmahl der Nazi-Opfer in Graz wurden die Beratungen in Puntigam begonnen. Bei der Begrüßung am Zentralfriedhof anlässlich der Kranzniederlegung sprach Vizebürgermeister Alfred Stiglitz tiefgreifende Gedenkworte. Bei den Beratungen in Puntigam wurden von allen Vertretern grundsätzliche Referate in Deutsch, Italienisch und Slowenisch gehalten. Hierbei wurde der Besorgnis Ausdruck verliehen, daß nazistische Aktivitäten hier und da wieder auftauchen. Es muß daher in den Schulen weiterhin getrachtet werden, daß die Lehrer ihre Schüler entsprechend aufklären. Es muß alles getan werden, um die Gefahren für die Demokratie durch totalitäre Entwicklungen aufzuzeigen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen fand die Tagung ihren Abschluß, an der es zahlreiche Diskussionen gab.

Resolution

Nationalsozialismus und Faschismus haben Millionen Menschen bitterste Unterdrückung und furchtbares Leid gebracht. Ihre Überwindung hat größte Opfer jener erfordert, die mit Mut und Überzeugung in dieser Zeit für Demokratie und Menschlichkeit eingetreten sind.

Diese geschichtlichen Erfahrungen stellen eine gewichtige Warnung dar, den Feinden der Demokratie, die auch heute noch unter uns leben, keinesfalls die Ausnützung der demokrati-

schen Einrichtungen zu ermöglichen. Auch heute noch ist ständige Wachsamkeit geboten, was den Mißbrauch der Demokratie durch Unbelehrbare trifft. Um den Mahnspruch „Wahret den Anfängen“ einen konkreten Inhalt zu geben, muß verlangt werden, daß bereits in den Schulen, aber ebenso in der Erwachsenenbildung alles getan wird, um die Gefahren für die Demokratie durch totalitäre Entwicklungen aufzuzeigen.

Nach unserer Auffassung kommt gerade der Schule hier eine außerordentlich wichtige Aufgabe zu. Zeigt sich doch an Hand der Geschichte, daß vorwiegend junge Menschen geneigt sind, Versprechungen zu folgen, die letzten Endes die Zerstörung der Demokratie zum Ziele haben. Unsere Jugend hat die Unterdrückung des Staatsbürgers im Nationalsozialismus und Faschismus, die Überwachung und den Meinungsstern nicht selbst erlebt. Gerade deshalb scheint es dringend geboten, das Wissen darüber durch eine umfassende Information in allen Schultypen wachzuhalten.

Wir verkennen nicht, daß in letzter Zeit deutliche Bemühungen vorhanden sind, den Kampf gegen nazistische und faschistische Ideen in den Schulen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Bemühungen im Bereich der politischen Bildung und des zeitgeschichtlichen Unterrichtes.

Wir sind aber nicht der Meinung, daß heute überall alle Möglichkeiten voll genutzt werden. Wir fordern daher die Lehrer an unseren Schulen auf, sich dieser Aufgabe in besonderer Weise verpflichtet zu finden und alles zu tun, damit sich leidvolle geschichtliche Erfahrung nicht wiederholt.

Diese Verpflichtung richtet sich auch an unsere Verbände, die durch Bereitstellung und Beistellung von verschiedenen Materialien und von Zeugen der Zeit wichtige Voraussetzungen für eine umfassende Information an unseren Schulen leisten können.

Politische Bildung der Jugend

Das Wiener Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung und der Landesschulrat für Niederösterreich als Veranstalter einer Vortragsreihe zum Thema „40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Lernen aus der Geschichte?“ luden am Montag, 25. Februar 1985, in Wien 1, Wipplingerstraße 28, zu einer Podiumsdiskussion ein. Vom 26. Februar 1985 bis 8. März 1985 wurde dort die Wanderausstellung „Der Österreichische Freiheitskampf“ des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) gezeigt. Schüler aller Schultypen konnten diese Ausstellung besuchen, Referate von Zeithistorikern und Zeitzeugen hören und mit diesen diskutieren. Dadurch sollten die Schüler befähigt werden, anhand der geschichtlichen Vorgänge den Zusammenhang des ethisch-moralischen Verhaltens eines Volkes mit ihrer eigenen Verantwortung zu erkennen. Die Schüler sollen für „das Gute sensibilisiert werden“.

Vortragsreihen zur Zeitgeschichte

1. Wiener Urania

„VIERZIG JAHRE ZWEITE REPUBLIK“; Einführung und Diskussionsleitung: Dr. Franz DANIMANN; Es erzählen Aktive, Beteiligte und Betroffene.

- 10. 4. 1985, 19.00 Uhr: Alliiertes Kriegsziel — ein freies Österreich.
- 17. 4. 1985, 19.00 Uhr: Der Kampf um Wien.
- 24. 4. 1985, 19.00 Uhr: Wieder österreichische Regierung. Das Ringen um die Einheit, Länderkonferenzen.
- 8. 5. 1985, 19.00 Uhr: Die ersten freien Wahlen. Von der Befreiung zu Staatsvertrag und Souveränität.

2. Universität Innsbruck

Altes Gebäude, Innrain 52. „ERZÄHLTE GESCHICHTE“; Leitung: Andreas MAISLINGER.

- 28. 3. 1985, 20.00 Uhr: Alt-Bischof DDr. Paulus RUSCH; Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus in Tirol.
- 25. 4. 1985, 20.00 Uhr: Fritz MOLDEN; Erinnerungen D-

an den Widerstand in Tirol.
 23. 5. 1985, 20.00 Uhr:
 Dr. Friedrich REITLINGER:
 Als Tiroler in der British Army

27. 6. 1985, 20.00 Uhr:
 Dozent Dr. Zdenek MLYNAR:
 Nachtfrost — Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus.

Einschaltung

Verkaufe Pkw DAF 66, Marke Volvo, Variomatik, Baujahr 1976, guter Zustand, 50.000 km. Gertrude BOKOR, Tel. 33 59 514, früh und abends.

Landesverband Burgenland

Kanonikus Mag. Stefan Horvath gestorben

Am 1. Februar 1985 ist der langjährige Dechantpfarrer von Kleinwarasdorf im Burgenland, Mag. Stefan Horvath, anlässlich einer Fahrt nach Wien überraschend verstorben. Der überaus verdienstvolle Priester feierte erst vor wenigen Monaten sein goldenes Priesterjubiläum und den 75. Geburtstag.

Stefan Horvath absolvierte nach dem Besuch des Prämonstratenser-Gymnasiums in Steinamanger sein Theologiestudium in Wien, wo er 1934 die Priesterweihe erhielt. Er entwickelte eine rege schriftstellerische Tätigkeit in seiner kroatischen Muttersprache.

Vom NS-Regime erhielt er Schreibverbot, das ständig von der Gestapo überprüft wurde. In den letzten Lebensjahren stand Mag. Horvath wiederholt im Mittelpunkt von Ehrungen. Als Inhaber des Opferausweises erhielt er das Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs. Er ist Träger des Großen Ehrenzeichens des Bundeslandes Burgenland. Für seine großen Leistungen im kirchlichen Bereich wurde er zum Ehrenkanonikus ernannt.

Unter überaus großer Anteilnahme der Bevölkerung aus dem ganzen Lande wurde Mag. Horvath am 9. Februar in Kleinwarasdorf bestattet. Am Begräbnis nahmen auch zwei jugoslawische Bischöfe teil, den in Indien weilenden Diözesanbischof DDr. Stefan László vertrat Prälat Mag. Josef Rittstetter.

— Landesobmann OSR Anton SATTLER —

**Inserate
 bringen
 Erfolg!**

DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

**Ist die gesetzliche Interessenvertretung für mehr
als 110.000 Arbeitnehmer.**

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie entsendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theateraufführungen und Förderunterricht für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaurdarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.

**DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN**



Buchankündigung



Franz Danimann/Hugo Pepper (Herausgeber): **Österreich im April 1945.**

Die ersten Schritte der Zweiten Republik.

Ca. 320 Seiten, ca. 65 248.—, Europa-Verlag, Auslieferung März/April 1985.

Über Österreich in seiner Stunde Null im April 1945 berichtet prominente Zeitzeugen aus der Sicht ihres Erlebens vor vierzig Jahren. Die Mahal des Aufbaus aus dem Nichts ließ keine Zeit für die heute modische Politikverdrossenheit. Was sie erzählen, ist Geschichte geworden. Das Gesagte verdichtet sich zur Dokumentation einer uns fast entrückten Zeitspanne.

Schauplätze des Geschehens sind die letzte Phase des Krieges, die Konzentrationslager und die Zuchthäuser, die Emigration fern der Heimat, der Untergrund des Widerstandes. Den Schwerpunkt bilden jedoch die Darstellungen des Aufbaus eines neuen Gemeinwesens aus Ruinen und Trümmern, aus heute noch kaum vorstellbarem Elend.

UNSERE TOTEN

Landesverband Burgenland:

Am 1. 2. 1985 verstarb der langjährige Dechantpfarrer von Kleinwarasdorf Mag. Stefan HORVATH im 76. Lebensjahr.

Landesverband Kärnten:

Im Dezember 1984 verstarb in Klagenfurt Kam. Luzia WUTTE im 71. Lebensjahr.

Bereits im Vorjahr verstarb Kamerad Georg BERCHTOLD aus Hermagor im 83. Lebensjahr.

Landesverband Tirol:

Gymnasial-Direktor i. R. Hofrat Mag. Dr. Walter SCHWARZER, Innsbruck, Bundes-Ehrenobmann der „Österreichischen Gemeinschaft“ und Gründungsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft vaterlandstreuer Verbände Tirols“ sowie der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesverband Tirol“, verstarb im Dezember 1984.

R. I. P.

Landesverband Burgenland

Geistl. Rat Matthias Semeliker — 75 Jahre

Am 25. Februar 1985 vollendete Geistl. Rat Semeliker sein 75. Lebensjahr. Vor einigen Jahren als Pfarrer von Oslip in den Ruhestand getreten, wohnt er seither in Eisenstadt. Sein angegriffener Gesundheitszustand ist letztlich auf sein mehrjähriges Leiden im Konzentrationslager Dachau zurückzuführen.

Schon 1941 wurde der damalige Pfamprovisor Semeliker wegen einer „staatsfeindlichen“ Predigt von den NS-Behörden verurteilt. In der Folge mußte er seine Pfarre Kaisersdorf verlassen und mehr als 50 km von der Staatsgrenze entfernt als Seelsorger eingesetzt werden. So kam er an die Pfarre Percholdsdorf. Von dort aus rief er die Bevölkerung von Neuberg

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst!

Landesverband Wien

60 Jahre: Burian Othmar (26. 4.)

65 Jahre: Birk Anna (1. 4.)
Chortulansky Johanna (6. 4.)

ÖSch.-Rat Dir. Jedicicka
Gertrud (31. 1.)

70 Jahre: Ecki Wilhelm (7. 4.)
WHR Mag. Hirsch Siegmund (18. 1.)
General Wingelbauer
Hubert (25. 3.)

75 Jahre: Dr. Braht Josef (23. 3.)
Dr. Dinzl Gottfried (28. 4.)
Naxratil Franz (22. 4.)

Min.-Rat Dr. Sladeczek
Heinrich (14. 4.)
85 Jahre: Grimm Theophila (2. 3.)

Landesverband Burgenland

70 Jahre: Zw. Obst. i. R. Schmidt
Rudolf (2. 2.)

75 Jahre: Francis Rudolph (31. 1.)
Geistl. Rat Semeliker Matthias (25. 2.)

80 Jahre: Radatz Theresia (11. 2.)
Berger-Horvath Irma (19. 3.)
Hofrat Dr. Knoll Julius (10. 4.)

auf, sich für den kroatischen Unter-richt an der dortigen Volksschule zu entscheiden. Das war Grund genug, daß er am 9. März 1943 von der Gestapo wegen „fortgesetzter staatsfeindlicher Tätigkeit“ verhaftet und in das Gefangenenhaus Wien IX eingeliefert wurde. Von dort kam er am 9. Juni 1943 in das KZ Dachau, wo er bis zur Befreiung am 9. Mai 1945 als politischer Häftling vielen Qualen ausgesetzt war. Gott möge den opfervollen Einsatz für seine Kirche und sein Vaterland Österreich reichlich lohnen!

IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten

Redaktion:

OR Mag. Dr. Josef Windisch
Verlags- und Erscheinungsort:

Wien

Sitz der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (Medieninhaber und Herausgeber), der Redaktion und Verwaltung: Laudongasse 16, 1080 Wien

Hersteller:

Typographische Anstalt J. Kure, Ges. m. b. H., Witzelsberggasse 26—28, 1152 Wien. Offenlegung gemäß Mediengesetz 1. 1. 1982:

§ 25 (2):

ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Kuratorium, Laudongasse 16, 1080 Wien.

Kuratoriumsbeirat:

Reg.-Rat Franz Pemauer (Bundesobmann).

Bds.-Rat Eduard Pumpernig

Ing. Karl Seischen

ÖSR Anton Sattler

Franz Forster.

Unternehmensgegenstand: Interessenvertretung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österr. Widerstandskämpfer

§ 25 (4):

DER FREIHEITSKÄMPFER ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten.

Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut der ÖVP-Kameradschaft verankert sind.

(BM f. i. Z. 92 6421—11/678)

An dieser Ausgabe (FK 1/1985) haben mitgewirkt:

Direktor FRANK HAUF, Camillo HEGER, Reg.-Rat Ing. Josef JARITZ, Richter Dr. Josef KECKELS, ÖSR Anton SATTLER, WHR i. R. Dr. Carl SWECENY, Hanna TELSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.